

## OFFENER BRIEF

Wenn Sie Vorurteile über Vielschreiber haben sollten da Sie annehmen, dass wenn man in kurzer Zeit viel schreibt die Qualität darunter leidet, dann ist das Ihr Vorurteil. Ich wünsche Ihnen mit Ihrem Vorurteil viel Spaß. Als ich letztens in zwei Tagen 280 Seiten Recherche gemacht habe und in einem Tag 16 A4 Seiten Text über Think-Tanks verfasst habe hat mein Verleger der Linguist ist und über 35 Sprache beherrscht, zu mir gesagt, ob ich den Text nicht nochmal überschlafen möchte, da sagte ich, nein ich habe ihn dreimal durchgelesen für mich passt der Text und am nächsten Tag erhielt ich von Ihm ein großes Kompliment für die Qualität des Textes und für die Schnelligkeit meiner Arbeit. Es gibt solche Vielschreiber und es gibt andere Vielschreiber. Wenn jemand alle Vielschreiber pauschal in einen Topf wirft und mit seinem Vorurteil belegt, ohne die Vielschreibertexte überhaupt gelesen zu haben, dann zeigt das auf, dass der vorverurteilende Mensch unter Vorurteilen leidet und nicht einmal das was er vorverurteilt kennt. Nicht mehr, nicht weniger. Klar ist, dass wenn jemand sein ganzes Leben lang ein schneller Schreiber ist der viel schreibt, zudem ein Vielleser und Vieldenker ist, dass so jemand sehr viel Übung und Praxis mitbringt und das so jemand als Vielschreiber auch gute Qualität zustande bringen kann.

---

Mir ist aus erster Quelle zu Ohren gekommen, dass die CIA längst meinen FB-Account mit der Cambridge Analytica Software vollständig analysiert sowie alle meine Schattentexte auf Google und im Netz analysieren lies, ich schon lange Zeit ein Mikro-Targeting-Ziel der CIA bin und von mir auch einen digitalen Zwilling erstellt haben, meine Big-5, also mein Persönlichkeitsmodell bestimmt haben und meine psychografischen Daten sammeln und eine auf mich spezielle zugeschnittene hochgradig personalisierte Propaganda entwerfen und mir einspielen, um mich unterschwellig, also mich über mein Unbewusstes zu manipulieren und mir meine Glaubenssätze zu ändern und auch versuchen mich mit Nudges, also kleine, unbewusste, psychologische „Schubser“ dafür sorgen möchten, dass ich meine Glaubenssätze ändere. Was die CIA aber bis heute noch immer nicht kapiert hat, die CIA-Jungs sind ja auch alle geistig unterentwickelt, dass Ihre Manipulationswaffen bei mir nicht funktionieren, da ich über ausreichend Bewusstsein/Wissen/Intelligenz/Genialität verfüge und ich zudem über göttliche Hilfe verfüge. Der liebe Gott schaut auf mich wirklich sehr gut und teilt mir ja immer mit, was andere gerade machen, um mich von meinen Lebenszielen abzuhalten. Ich verfüge daher über die bestmögliche Informationsquelle & die Wahrheit in Echtzeit. Habt Ihr das jetzt verstanden, „liebe“ CIA´ler? Fangt doch endlich mit eurer geistigen Meisterschaft an, sonst wird das nichts. Übrigens warte ich auf eurer Friedensverhandlungsteam. Nehmt eure Chancen wahr, diese zu vergeuden, kann nicht empfohlen werden, da es negative Auswirkungen auf alle Amerikaner haben wird, die keiner von euch verantworten möchte, da bin ich mir sicher. Vielleicht sollten Sie besser nochmals die offenen Briefe von gestern durchlesen, als sinnlos zu versuchen mich manipulieren zu wollen? Wenn Sie ein Opfer Ihrer Dummheit bleiben wollen, sind Sie ein Sicherheitsrisiko für alle Amerikaner, ist hier an dieser Stelle mitzuteilen, „liebe“ CIA´ler.

---

---

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz-Joseph-Str. 4

Tragisch ist, dass die psychologische Forschung zeigen konnte, dass man durch ständige Wiederholung der gleichen Behauptung selbst dann das Gefühl hervorrufen kann, dass sie stimmt, wenn die Empfänger dieser Behauptung wissen, dass sie falsch ist. „Eine Lüge, die man nur oft genug wiederholt, wird zur Wahrheit.“ Wladimir Lenin. In der kognitiven Kriegsführung ist bekannt: „Dass die effizienteste Art & Weise, um eine Überzeugungsänderung zu erreichen, die ständige Wiederholung ist.“ Der Bestätigungsfehler besagt, dass Menschen gerne die Informationen ausblenden, welche Ihren bisherigen Überzeugungen widersprechen. „Das Internet ist heute eine globale Überwachungsmaschine, die vom Missbrauch personenbezogener Daten im ganz großen Maßstab angetrieben wird.“ Jennifer Cobbe, The Guardian. Die 27.000 Spin-Doktoren und PR-Manager des Pentagon, die als die Propagandaabteilung des Pentagons bekannt ist, die ein alljährliches Budget von 5 Milliarden Dollar haben, haben allein im Jahr 2009 die Herausgabe von 5.400 Pressemeldungen, 3000 Fernsehspots und 1.600 Rundfunkinterview geplant und durchgeführt. Die Zeitschrift Newsweek veröffentlichte eine investigative Recherche, in der sie herausgefunden hatte, dass die größte Macht im Untergrund, die es jemals gab, eine 60.000 Mann starke Armee von Cyberkriegern sei, welche vom Pentagon in den letzten zehn Jahren geschaffen wurde. Dass britische Militär verfügt über 1.500 Facebook-Krieger, welche komplexe und verdeckte Informations- und Subversionskampagnen durchführen, so die Financial Times. Wie das WEF im November 2020 schrieb, hatte die UN bis zu dem Zeitpunkt 110.000 „Informationsfreiwillige“ rekrutiert, denen beigebracht worden war, wie man Fehlinformationen zu Corona in einer Art digitalen erste Hilfe wirkungsvoll bekämpfe, wie die amerikanische UN-Mitarbeiterin Melissa Fleming erklärte. „Heute findet die Manipulation unserer Wahrnehmung, unserer Gedanken und Verhaltensweisen in bisher unvorstellbarem Ausmaß an Zeit, Raum und Intentionalität statt“ Francois du Cluzel - NATO Innovation Hub manager & Autor der Cognitive Warfare-Studie der NATO. „Können wir es uns wirklich leisten zu schweigen?“ John Pilger.

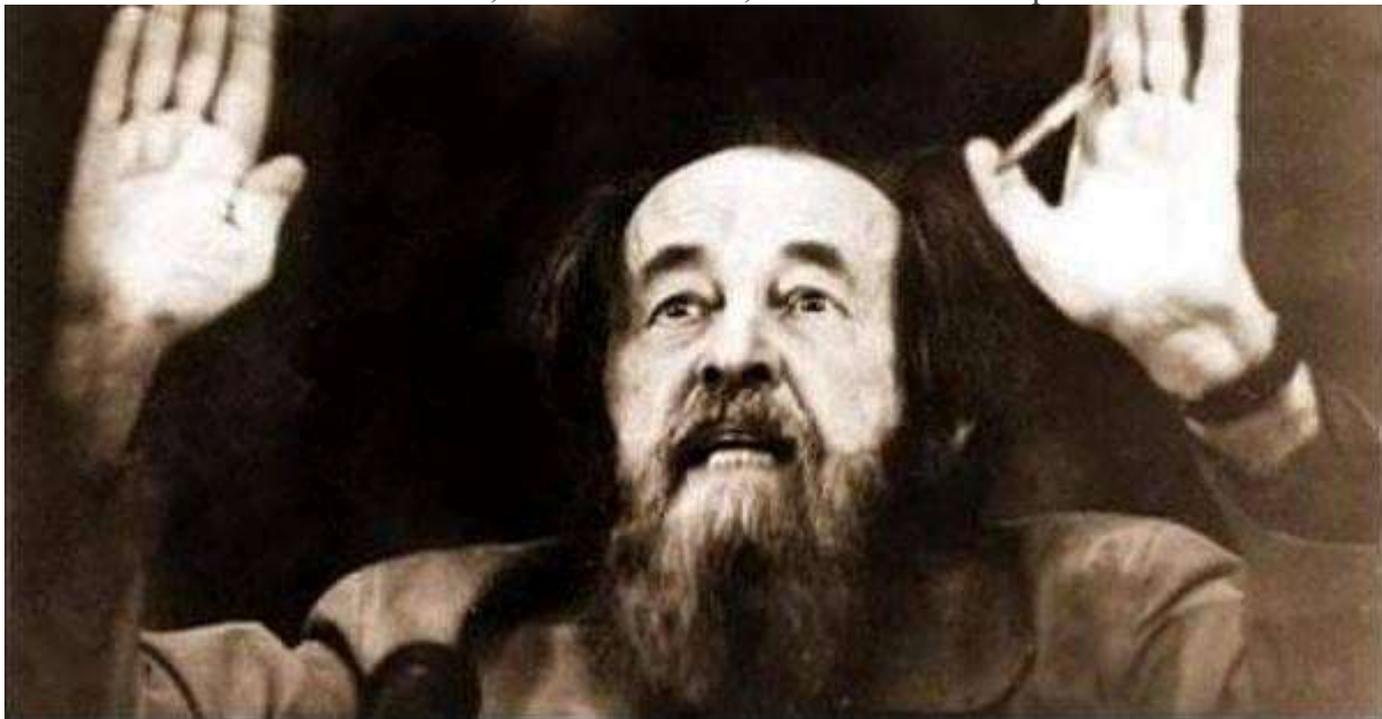
---

Der Totgeschwiegene. Seit elf Jahren totschweigen ALLE gekauften, korrupten und sehr gierigen Mainstreammedien in Österreich den Systemkritiker und Medienkritiker Klaus Schreiner der auch ein Reformler und Weltverbesserer sowie Aufklärer ist. Branchenweit, konsequent, völlig, systematisch und gezielt. Zudem totschweigen die Totschweiger zahlreiche staatliche Missstände und Ungerechtigkeiten sowie unsere aktive Kriegsbeteiligung durch die verfassungswidrige Abhörstation Königswarte und dem Heeresnachrichtenamt die sich am illegalen außergerichtlichen Drohnenkrieg beteiligen und für die CIA-Drohnenmörder-Terroristen Zielortungsdaten ausspionieren und liefern.

---

Als ich in einem sehr guten aktuellen Fachbuch gelesen habe, dass die NATO seit 2020 einen Gehirnkrieg mittels kognitiver Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung und „Feinde“ führt, konnte ich es anfangs nicht mehr glauben. Alle Menschen sind von der NATO zum 6. Kriegsschauplatz gemacht worden. Die anderen fünf Kriegsschauplätze sind: Land, Meer, Luft, Cyberspace, Weltraum. Die öffentliche Meinung wird von der NATO lieber nicht aufgezählt, damit Sie Ihr Image wahren kann, möchte ich hier aber mitteilen.

---



„Wir wissen, sie lügen.  
Sie wissen, sie lügen.  
Sie wissen, dass wir wissen, sie lügen.  
Wir wissen, dass sie wissen, dass wir wissen, sie lügen.  
Und trotzdem lügen sie weiter.“

- Alexander Issajewitsch Solschenizyn -

Gut, somit sind wir hier angekommen und können heiter weiter im Text fortfahren. Die Frage die sich hier an dieser Stelle erneut stellt, ist: Haben Sie jetzt schon einen ausführlichen Artikel über unsere aktive Kriegsbeteiligung am illegalen außergerichtlichen Drohnenkrieg veröffentlicht, oder totschiweigen Sie unseren Staatsterrorismus, unsere Regierungskriminalität und unser Staatsverbrechen immer noch? Sie wollen heiter weiter unsere Steuergelder als Totschiweigergelder absahnen und sich bereichern? Ihnen sind die 98 % unschuldigen Menschen die beim Drohnenkrieg abgeschlachtet werden gleichgültig? Auch die ca. 40 % Kinder die dabei abgeschlachtet werden? Hauptsache Ihre Kohle stimmt? Sie sind und bleiben völlig skrupellos? Ihrer Gier nach unseren Steuergeldern frönen Sie bis zum bitteren Ende und Sie die Kriminalpolizei festnimmt? Sie sind zudem so geistig unterentwickelt, dass Sie nicht einmal erkennen können, dass Sie geistig unterentwickelt sind und dringend die geistige Entwicklung ihrer geistigen Fähigkeiten notwendig haben?

---

Also heute habe ich mir erlaubt und herausgenommen, mir ein paar Stunden für das fertiglesen meines ersten von vier neuen Fachbücher zu nehmen. Ich denke für Sie ist das soweit in Ordnung und werden den geringeren Umfang des offenen Briefes deshalb „entschuldigen“ und verstehen. Ich habe auch vor in den nächsten paar Tagen mehr zu lesen als zu schreiben

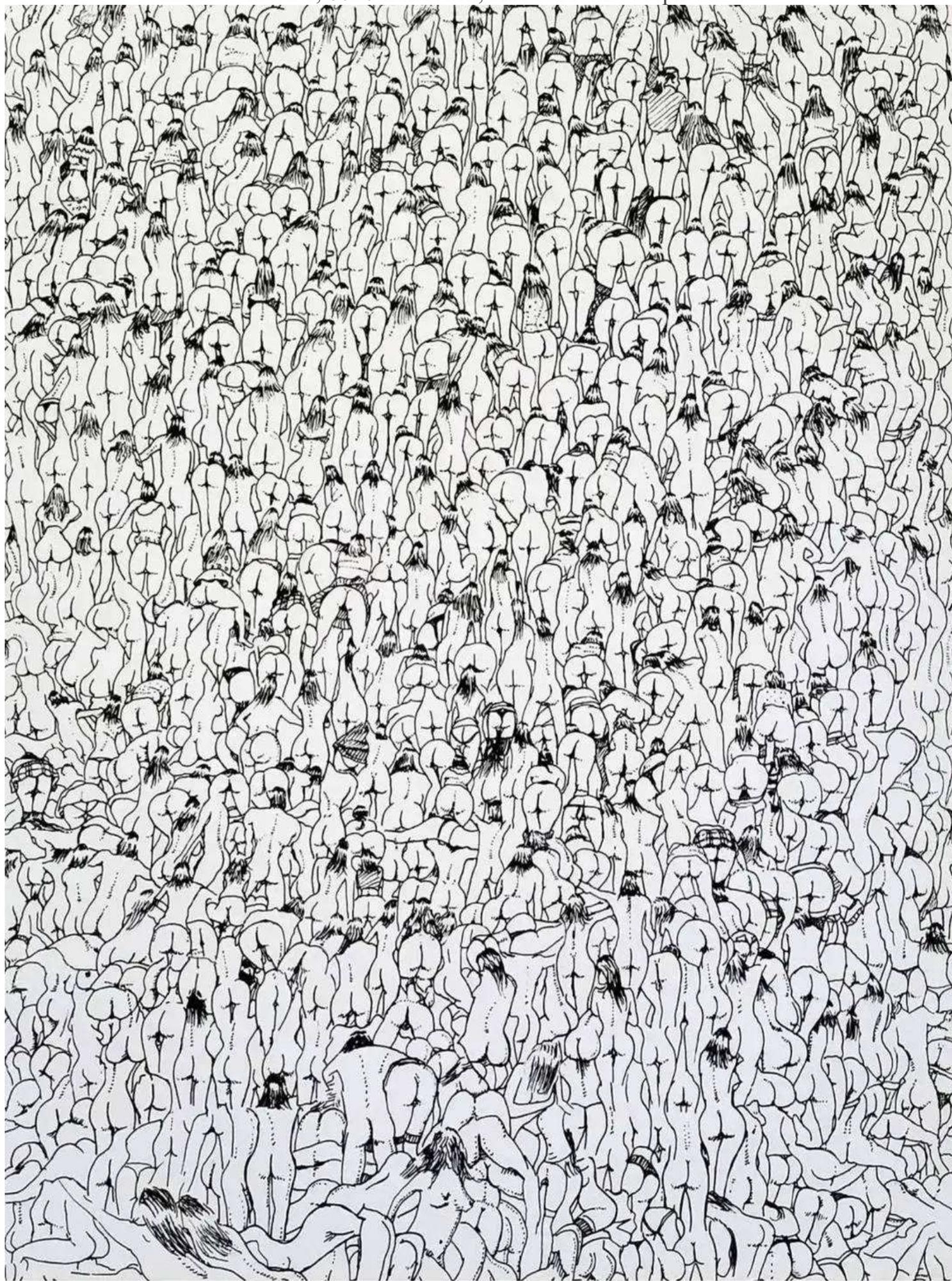
Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz-Joseph-Str. 4

um das Gleichgewicht wieder etwas herzustellen und mich mit weiteren Informationen zu füttern. Morgen lese ich das Buch über die 80 Manipulations-Techniken bevor ich mit dem Schreiben anfangen. Das Buch hat ja nur ca. 130 Seiten geht also schnell und ca. 15 Seiten habe ich mir schon vorab reingezogen, also ca. 115 verbleibende Seiten Lesestoff verbleiben für morgen. Ich bin ja nicht nur ein Vielleser, sondern auch ein Schnelleser, wie ich auch ein Vielschreiber und Schnellschreiber bin und auch ein Vieldenker und denken geht ja in Lichtgeschwindigkeit, also 300.000 Kilometer in der Sekunde und über eine Milliarde Kilometer in der Stunde Denkgeschwindigkeit aufweist, und daher jeder Mensch ein Schnelldenker ist.

---

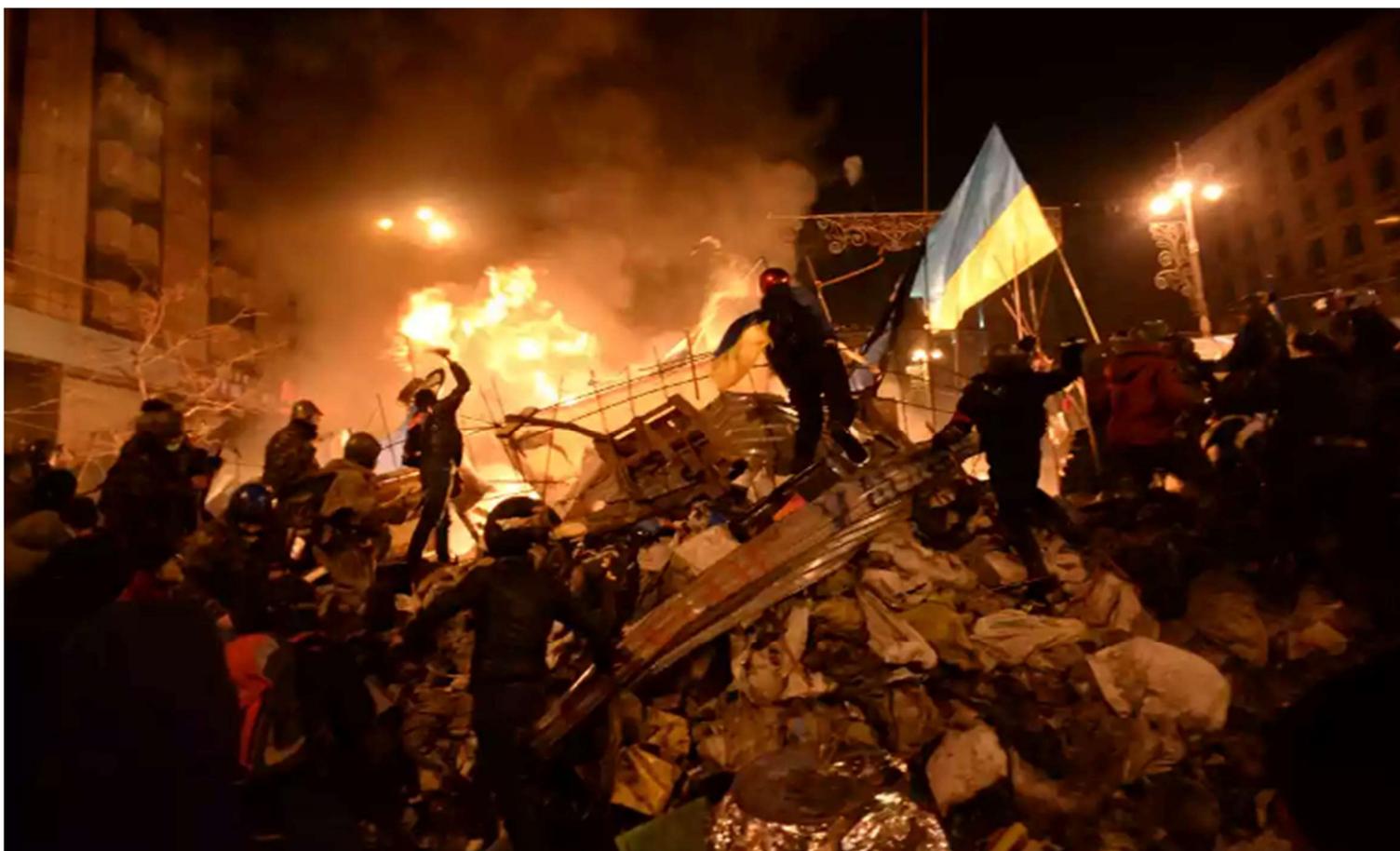
Von einem befreundeten Autor aus Tirol der schon so einiges mit der Staatsgewalt mitgemacht hat, möchte ich diesen FB-Post öffentlich machen: "Das volle Glück des Menschen liegt in seiner Einbildungskraft. Man kann sich nur seligpreisen, wenn man allen seinen Kapricen nachgibt." (Marquis de Sade)





Ich möchte mich nicht rechtfertigen, ich bitte nicht um irgendeine besondere Behandlung, ich will nicht bevorzugt werden. Das Einzige, was ich fordere, ist eine objektive Analyse und Auseinandersetzung mit den Vorwürfen die ich seit über vier Jahren über unsere aktive Kriegsbeteiligung vorbringe, der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Ich bin zutiefst überzeugt, dass jeder unvoreingenommene Jurist, der die absurden Vorwürfe liest, die gegen mich erhoben werden, völlig unbegründet sind. Nur damit das ganz klar ist und jeder verstehen kann, was ich hier ansprechen möchte, so zwischen den Zeilen ausgedrückt, obwohl noch keiner diesen Vorwurf erhoben hat. Können Sie folgen? Denn wenn nicht, haben Sie ganz dringend Ihre geistige Meisterschaft notwendig, da Sie geistig unterentwickelt sind und es selbst anscheinend nicht erkennen können. OK, Sie wissen Bescheid. Wenn nicht, dann können Sie mir gerne eine E-Mail mit dem Kennwort „Hääääää?“ schreiben und mir in aller Ausführlichkeit erklären was so alles durch ihren Kopf geht oder schreitet. Ja, auch Sie werden von meiner schnellen Beantwortung überrascht sein, ganz klar. Scheißen Sie sich davor nicht in die Hose, das muss nicht sein. OK, jetzt kommen wir zu Angelegenheiten die alle gekauften, korrupten und gierigen US-NATO-konformen Kriegsverkäufer-Kriegsmedienpartner und Hofberichterstatter-Totschweigern NIEMALS verbreiten würden, da sie ja die US-NATO-konforme US-NATO-Matrik per Dauerschleife allen Ihren Mediennutzern ins Gehirn waschen. OK, here we go:

[«Ohne Hilfe der USA hätte es keinen Staatsstreich gegeben» - infosperber](#)



*Protestierende in Kiew am 18.2.2014 © ChernovCC-BY-SA-3.0*

## «Ohne Hilfe der USA hätte es keinen Staatsstreich gegeben»

*Red. / 7.01.2023* **Kein westliches Land hätte einen solchen Gewalt-Aufstand wie auf dem Maidan toleriert, sagte der damalige Ministerpräsident Asarow.**

*upg. Als Grund für die wochenlangen Unruhen im Jahr 2013/14 auf dem Maidan in Kiew wird immer wieder folgendes Narrativ erzählt: Der damalige Präsident Janukowitsch habe sich unerwartet geweigert, das mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Das habe eine spontane Protestbewegung ausgelöst. Als sich die Lage zuspitzte, hätte sich dann das westliche Ausland eingemischt, um die demokratischen Kräfte zu unterstützen.*

*Premierminister war damals Nikolai Asarow. Er war vier Jahre lang bis zu seinem Rücktritt Ende Januar 2014 Regierungschef – und damit der am längsten regierende Premierminister der unabhängigen Ukraine. Asarow widerspricht dem westlichen Narrativ. Er lebt heute in Moskau und erarbeitet in einem «Komitee zur Rettung der Ukraine», das in Opposition zur derzeitigen Regierung in Kiew steht, politische Vorschläge für die Zukunft der Ukraine. Wir dokumentieren im Folgenden ein Interview, das der Journalist Stefan Korinth im November 2016 mit Asarow über den genauen Hergang aus dessen Sicht führte.*

**Herr Asarow, wir sprechen heute [2016], zum dritten Jahrestag des Maidanbeginns. Auslöser der Proteste damals war ja die Ablehnung des [Assoziierungsabkommens](#) durch Sie und Präsident Viktor Janukowitsch. In deutschen Medien hiess es damals immer, Sie hätten das Abkommen überraschend abgelehnt. In den Medien wurden auch selten Gründe genannt. Könnten Sie für das deutsche Publikum die Ablehnungsgründe nochmal genau erläutern?**



Nikolai Asarow © ITAR/TASS

**Nikolai Asarow:** In den westlichen Medien ist diese Frage sehr wenig objektiv betrachtet worden. Bitte beachten Sie, dass das Assoziierungsabkommen bereits 2012 paraphiert worden war. Das heisst, die Vereinbarung war im Prinzip fertig, zwei Jahre, bevor der Maidan passierte. Daraus folgt die einfache Frage: Warum wurde das Abkommen 2012 oder 2013 nicht unterschrieben, wenn es denn fertig war? Der Grund dafür ist, dass die Europäische Kommission die Unterzeichnung des Abkommens von der Freilassung Julia Timoschenkos abhängig gemacht hat. Und die ukrainische Seite war unzufrieden mit den im Abkommen festgehaltenen Ergebnissen zum Freihandel.

Das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU sollte im Prinzip zeitgleich mit einem Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und Russland in Kraft treten. Das hätte bedeutet, dass die ukrainischen Grenzen auf beiden Seiten offen gewesen wären für Waren, Dienstleistungen und Kapital. Das führte zu einem Konflikt zwischen Russland, der Ukraine und der EU, mit dessen Lösung wir uns beschäftigen mussten.

Diese Verhandlungen haben sich sehr, sehr schwierig gestaltet. Sie müssen sich das so vorstellen, dass wir die Fragen am Anfang jeweils bilateral besprochen haben. Das heisst, wir sind nach Brüssel gefahren, haben dort gesprochen. Danach sind wir nach Moskau gefahren und haben dort gesprochen. Und nachdem diese Gespräche nichts gebracht haben, weil auf beiden Seiten keine Einigung erzielbar war, habe ich den

Vorschlag gemacht: «Egal wo, aber lasst uns zu dritt zusammensitzen und das klären.»

### **«Die EU hat dreiseitige Gespräche komplett abgelehnt»**

Und erst im September 2013 hat Russland solchen trilateralen Gesprächen überhaupt zugestimmt. Obwohl es schon nicht einfach war, Russland zu einem dreiseitigen Treffen zu bewegen, hat es die EU aber komplett abgelehnt, und gesagt: «Das ist kein Thema, was einem dreiseitigen Gespräch zusteht. Das ist eine Sache nur zwischen der Ukraine und Europa!»

In dieser Zeit hat sich ein Handelsbilanzdefizit von elf Milliarden im Handel zwischen der Ukraine und Europa ergeben. Das heisst die ukrainischen Importe waren um elf Milliarden höher als die Exporte nach Europa. Uns war klar, dass wir in dem Moment, wo wir die Grenzen für Waren und Dienstleistungen öffnen, sofort mit der hohen wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Unternehmen konkurrieren müssen.

Deswegen haben wir uns an die EU gewendet und darum gebeten, Unterstützung für die Modernisierung unserer Wirtschaft zu bekommen. Damit wir auf mittlere Sicht zumindest konkurrenzfähig im Freihandel mit Europa werden können. Und wir hatten Hoffnung, dass diese Frage positiv beschieden wird. Aber an dieser Stelle gab es eben keine Einsicht und auch keine Unterstützung.

Ich würde gern noch zwei, drei Gedanken zum Inhalt dieses Assoziierungsabkommens anbringen.

### **Bitte**

Das, was wir in Wahrheit nach Europa exportieren können, sind zum grossen Teil Agrarprodukte. Aber ausgerechnet diese Produktkategorien wollte die EU sehr limitieren durch Einfuhrquoten. Ein Beispiel: Als wir die Gespräche mit Europa begonnen haben, war die Quote für die Einfuhr von Getreide in die EU 20'000 Tonnen. Im Verlauf der Gespräche habe

ich es geschafft, dass wir die Quote zumindest auf 200'000 Tonnen erhöhen konnten. Aber die Ukraine produziert mehr als 60'000'000 Tonnen. Und das potenzielle Volumen, das die Ukraine exportieren könnte, sind 30 '000'000 Tonnen. Die Frage, die sich für mich natürlich gestellt hat, ist: *«Was ist das für ein Freihandelsabkommen, wenn gerade das, was wir exportieren können, sich nicht exportieren lässt, weil man es durch Quoten sehr stark begrenzt?»*

Oder wir hätten mehr als 1'000'000 Tonnen Fleisch in die EU liefern können. Und man hat uns eine Quote von 20'000 Tonnen zugestanden. Wir wären auch in der Lage gewesen, ein grosses Volumen an Stahl zu exportieren. Die Produkte des Maschinenbaus, die wir unter Umständen auch hätten exportieren können, die waren natürlich limitiert und reglementiert durch die technischen Normen der EU, die nicht identisch waren mit denen der Ukraine.

Aus diesen ganzen Punkten heraus hat sich Ende 2013 die Meinung manifestiert, dass der ökonomische Teil des Assoziierungsabkommens in der derzeitigen Form für die Ukraine nicht vorteilhaft gewesen ist. Aber ich unterstreiche nochmal: Alle Gespräche sowohl mit der EU als auch mit Russland wurden vertraulich geführt. Nichts davon ist an die Medien durchgesickert. Wir haben darauf gehofft, irgendwie einen Kompromiss zu finden.

Aber im November 2013: Was hatten wir damals vom Gipfeltreffen mit der EU? Die finanzielle Hilfe für die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft wurde abgelehnt. Die Erhöhung der Quoten wurde abgelehnt. Ein Überbrückungskredit wurde ebenfalls abgelehnt. Daher hat sich für uns die Frage gestellt, die Unterschrift zu verschieben, bis wir die eben benannten Probleme mit einem Kompromiss gelöst haben.

Diesen Moment hat man zur Vorbereitung eines Staatsstreichs genutzt. Auf der diplomatischen Ebene hat Barroso [damals EU-Kommissionspräsident] sehr klar gesagt: *«Wenn ihr das nicht unterschreibt, wird es ein anderer Präsident und ein anderer Premierminister unterschreiben.»* Ich glaube, dass diese Aussage sehr

deutlich unterstreicht, welches Machtverhältnis zwischen der EU und der Ukraine damals existierte.

### **Aufarbeiten der Geschichte**

*upg.* Ein Krieg darf nicht davon abhalten, die Vorgeschichte zu analysieren. Die Nato unter Führung der USA war für den 20-jährigen Angriffskrieg gegen Afghanistan verantwortlich, der eine Viertel Million Tote forderte. Präsident George W. Bush und seine Koalition der Willigen waren für den Angriffskrieg gegen den Irak, der über eine halbe Million Todesopfer forderte, verantwortlich. Wenn Historiker die Vorgeschichten analysieren und sich fragen, ob diese Kriege vielleicht hätten verhindert werden können, stellen sie damit die Verantwortung der Kriegsführenden nicht in Frage. Auch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat eine lange Vorgeschichte. Über sie gilt es – aufgrund der heutigen Quellenlage – ebenfalls zu informieren, ohne die Verantwortung Russlands für den Krieg in Frage zu stellen.

**Bevor wir zum Maidan kommen, wollte ich noch kurz beim Abkommen bleiben und einmal genauer zu den Interessen nachfragen. Sie haben gerade geschildert, dass die wirtschaftlichen Aspekte des Vertrages nicht so vorteilhaft für die Ukraine waren. Aber was waren denn dann die Vorteile, die sie sich die ukrainische Staatsführung von diesem Vertrag erhofft hat? Denn auch eine Beitrittsperspektive enthielt das Abkommen ja explizit nicht.**

Das stimmt. Wir haben eigentlich über die gesamten vier Jahre lang immer wieder die Frage über eine langfristige EU-Mitgliedschaft der Ukraine auf die Tagesordnung gesetzt. Das wurde aber kategorisch abgelehnt. Und es ist richtig, im Abkommen selbst gibt es keinerlei Hinweis auf eine langfristige Beitrittsperspektive.

Aber was haben wir trotzdem als Vorteile gesehen? Erstens habe ich sehr viele Chancen gesehen, die Assoziierung mit der EU zur Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft zu verwenden. Wir wollten im Prinzip über das Abkommen europäische Investitionen ins Land holen und mit Hochtechnologie unsere Wirtschaft modernisieren. Wir sind

davon ausgegangen, dass der Wettbewerb zwischen ukrainischen und europäischen Unternehmen mittel- und langfristig zu positiven Strukturveränderungen in der ukrainischen Wirtschaft führt.

Aber der wesentliche Teil des Assoziierungsabkommens war auf Rechtssicherheit und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft ausgerichtet. Insbesondere in der Frage der Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit haben wir grosse Hoffnungen auf dieses Abkommen gesetzt, besonders die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit von der Exekutive um- und durchzusetzen. Die Umsetzung aller europäischen Normen angefangen von der Meinungsfreiheit über Menschenrechte mit dem Ziel einer demokratischen Gesellschaft.

Also wir haben in der Assoziierung mit der EU sowohl die Möglichkeit gesehen, uns gesellschaftspolitisch weiterzubilden und an europäische Normen anzunähern als auch das Potenzial zur wirtschaftlichen Modernisierung. Leider haben wir uns da tiefgreifend geirrt.

**«Ich habe immer gesagt: Die Ukraine ist ein neutraler Staat»**

**Welche Interessen hat die EU denn Ihrer Meinung nach mit dem Vertrag verfolgt?**

Heute ist das vollkommen klar. Das Hauptziel der europäischen Politiker war die Umsetzung amerikanischer Vorgaben, um alles zu unternehmen, dass die Ukraine geopolitisch nicht in die euro-asiatische Zollunion Russland-Kasachstan-Weissrussland eintritt. Und insbesondere die Verbindung zwischen der Ukraine und Russland zu schwächen. Und damit auch indirekt einen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu begründen.

Ich habe auf meinen Treffen mit den europäischen Führungsspitzen oft die Frage gestellt: «Warum braucht ihr das?» Ich habe nie eine Antwort bekommen. Ich habe immer gesagt: Die Ukraine ist ein neutraler Staat. Ein Staat, und das habe ich immer zum Ausdruck gebracht, der sehr gute Beziehungen haben sollte zu Europa genauso wie zu Russland. Und wir

hatten weder das Ziel in die Nato einzutreten noch in einen Militärpakt mit anderen Staaten gegen Russland.

Vor uns stand die riesengrosse Aufgabe, die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft voranzutreiben und deshalb sollte die politische Seite auch eigentlich eher im Hintergrund sein. Ich bin heute nach den vergangenen drei Jahren, in denen wir real die Entwicklungen haben mitverfolgen können, aber umso mehr überzeugt, dass besonders die Aussenpolitik der EU alles andere als unabhängig gewesen ist.

**Sie haben ja gerade schon angedeutet, dass es militärische Regelungen in dem Abkommen gab ...**

... nein, es gab keine Paragraphen für militärische Zusammenarbeit.

**Es ist aber in mehreren Artikeln des Vertrages [Artikel 7, 10 und 13] die Rede von «gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik», von gemeinsamer Terrorabwehr und militärischer Zusammenarbeit mit der EU.**

Das sind allgemeine Themen. Terrorismusbekämpfung – ja. Aber militärische Zusammenarbeit im klassischen Sinne – nein.

**Also es hat definitiv keine militär-politischen Absichten in dem Abkommen gegeben?**

Nein.

**«Diese Leute haben die Wirtschaft komplett zugrunde gerichtet»**

**In Ihrem Buch «Die Wahrheit über den Staatsstreich\* schreiben Sie, dass Sie «die Ukraine nach Europa führen» wollten. Nun hiess es im Westen immer, Sie seien «pro-russisch». Wie passt das denn zusammen?**

Ich war nie ein pro-russischer Politiker, wenn man «pro-russisch» so definiert, dass ich irgendwelche Vorgaben aus Russland umgesetzt habe. Heute sagt man, dass die, die jetzt an der Macht sind, «pro-westlich»-orientierte Politiker sind. Und die, die weggeräumt worden sind, hat man als «pro-russisch» dargestellt. Das ist grundfalsch.

Diejenigen, die jetzt an der Macht sind, führen die Ukraine sicherlich nicht nach Europa, sondern werfen sie viele Jahre in ihrer Entwicklung zurück. Wenn nach Europa, dann in die 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Diese Leute haben die Wirtschaft komplett zugrunde gerichtet. Während meiner Zeit als Premierminister lag das durchschnittliche Einkommen bei 500 Dollar, die durchschnittliche Rente bei 200 Dollar und die Preise für Grundnahrungsmittel und Dienstleistungen waren fünf- bis sechsmal niedriger als in Europa. Das heisst die Kaufkraft der 500-Dollar-Einkommen muss man, um sie mit Europa zu vergleichen, mit fünf multiplizieren.

Und heute ist das Durchschnittseinkommen auf 120 Dollar und die Renten auf 30 bis 40 Dollar gesunken. Die Preise aber sind drei- bis viermal höher als früher. Zeigen Sie mir nur ein europäisches Land, in dem vergleichbar niedrige Einkommensverhältnisse herrschen. In welchen Ländern sind rechtsradikale Parteien an der Macht und wo herrscht eine derartige Medienzensur vor wie in der heutigen Ukraine? In welchen europäischen Ländern sind Bücher und Filme verboten? Die, die heute an der Macht sind, führen definitiv keine pro-westliche Politik. Es sind, einfach ausgedrückt, Diebe und Gauner.

Ich war immer beeindruckt vom Lebensniveau in westlichen europäischen Ländern. Deshalb habe ich alles unternommen, um die Ukraine näher an westliche Standards und an das westliche Lebensniveau heranzuführen. Ich habe zum Beispiel während meiner Amtszeit erstmals in der Ukraine eingeführt, dass alle Pharmazieprodukte der GMP entsprechen müssen – der Good Manufacturing Practice, dem europäischen Standard für pharmazeutische Produkte. Ich hatte auch vor, das in allen anderen Zweigen der Wirtschaft einzuführen.

Aber man muss im Hintergrund verstehen, dass Russland trotzdem unser grösster Wirtschafts- und Handelspartner war. Deswegen war es für uns existenziell, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland zu pflegen. Russland hat uns grosse Mengen an Öl, Gas und andere

Energieträger zur Verfügung gestellt. Und historisch gesehen, haben wir mit Russland eine sehr stark gemeinschaftlich-integrierte Wirtschaft. Über die gemeinsamen Energieleitungen hat uns Russland in den kalten Wintern grosse Mengen an Energie zur Verfügung gestellt. Deswegen war es strategische Aufgabe jeder unserer Regierungen, gute nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland zu pflegen. Und darin besteht auch die zum Ausdruck gebrachte «pro-russische» Haltung unserer Regierung.

**Was war denn aus Ihrer Sicht Russlands Interesse in diesen Dreier-Verhandlungen gewesen, wenn es dazu gekommen wäre?**

Die Interessen Russlands sind in dieser Hinsicht einfach und transparent. Durch die Ukraine gehen die Erdöl- und Erdgasleitungen nach Europa. Über diese deckte Westeuropa damals mehr als 30 Prozent seines Gasbedarfs. Durch die Ukraine gehen auch die Hauptinfrastrukturträger Russlands nach Europa: Schiene, Strasse, Telekommunikation. Die wichtigsten eisfreien Häfen liegen am Schwarzen Meer.

Die Ukraine war für Russland das Haupttransitland. Die Ukraine war auch der Hauptabsatzmarkt russischer Produkte. Wir haben in Russland Waren im Wert von mehr als 30 Milliarden Dollar eingekauft. Deswegen war für Russland wichtig, dass die Ukraine ein freundschaftlich gesinntes und stabiles Land bleibt. Und das ist auch wichtig für die gemeinsamen Beziehungen zwischen der Ukraine Europa und Russland.

**«Ab dieser Nacht hat der Staatsstreich begonnen»**

**... Dann kommen wir zum Maidan. Sie haben ja damals im Regierungsviertel das alles aus nächster Nähe mitbekommen. Wie haben Sie denn persönlich die ersten Tage und Wochen des Maidan erlebt? War da schon abzusehen, dass das was Grösseres wird?**

Die Demonstrationen haben am 21. November 2013 angefangen. Das waren im Prinzip friedliche und relativ kleine Demonstrationen. An manchen Tagen haben sich da bis zu tausend Leute

zusammengefunden und hauptsächlich waren das Studenten. Diese Situation war ungefähr bis zum 28. November so, also bis zu dem Moment, als Präsident Janukowitsch am 28. November in Vilnius abgelehnt hat, das Assoziierungsabkommen zu unterschreiben. An diesem Tag hat das Aktionskomitee der Studenten offiziell die Entscheidung getroffen, die Proteste zu beenden.

In der Nacht vom 29. auf den 30. November sind nicht mehr als 50 bis 100 Demonstranten auf dem Platz der Unabhängigkeit gewesen. Wobei der grössere Teil derjenigen schon keine Studenten mehr waren, sondern ältere Zugereiste aus der Westukraine. Und genau ab dieser Nacht hat der Plan zum Staatsstreich begonnen.

Stellen Sie sich einfache Fragen: Wie konnten auf dem Platz der Unabhängigkeit um 4 Uhr nachts mehr als zehn Kamerateams nationaler und internationaler Medien, insbesondere polnischer Medien, sein? Das heisst, sie haben gewusst, da wird etwas passieren. Wenn sie um 4 Uhr morgens Kameras bereithalten und aufbauen, macht man das normalerweise nur, wenn man einen guten Hinweis darauf hat, dass irgendwas passiert.

Ungefähr um halb 5 Uhr morgens kamen aus Richtung Hotel Ukraina rund 100 Leute zum Maidan hinunter – Vertreter des radikalen Rechten Sektors, bewaffnet mit Eisenstangen und Schlagstöcken. Und die haben angefangen, auf die wenigen Polizisten auf dem Platz einzuschlagen. Auf dem Platz lief ständig eine Kamera der Polizei, deshalb ist das aufgenommen worden. Ich habe diese Aufzeichnungen auch selbst gesehen. Diese Kämpfer des Rechten Sektors gingen mit glühenden Stöcken, die sie zuvor in den brennenden Mülltonnen angesengt hatten, auf die Polizisten los und versuchten, ihnen diese in die Gesichter zu stechen. Die Polizisten haben Verstärkung angefordert. Und es ist ein Spezialkommando der Berkut gekommen. Und die haben angefangen, diese 100 Kämpfer auseinanderzutreiben. In dem Zusammenhang sind auch die vertrieben worden, die ursprünglich im Zeltlager waren. In diesem Moment haben alle ukrainischen und europäischen TV-Sender

angefangen zu filmen und zeigten diese Sequenz dann alle halbe Stunde im Fernsehen.

Und dann sind natürlich Bilder um die Welt gegangen, von Leuten mit eingeschlagener Nase und Blut im Gesicht, um in diesem Moment eine Stimmung zu erzeugen. Es ist alles so dargestellt worden, wie ein abscheulicher und zu verurteilender Gewaltexzess der Polizisten gegen Demonstranten. Und niemand hat die Bilder von den Provokateuren gezeigt, die diesen Konflikt begonnen haben.

In den Medien wurden Aufrufe verbreitet, zum Maidan zu kommen und die Gebäude des Präsidenten und weitere Regierungsgebäude zu besetzen. In diesem Moment hat der Prozess der bewaffneten Machtergreifung angefangen. Die Polizisten waren nicht mit Schusswaffen ausgerüstet, deshalb ist es den radikalen Demonstranten gelungen, alle wesentlichen Gebäude zu blockieren, wie das Rathaus und die Präsidentenadministration. Besetzt war auch das Gewerkschaftsgebäude. Trotz dieser klaren Verletzung aller Verfassungsnormen und Gesetze hat Präsident Janukowitsch keine Massnahmen ergriffen, diese Demonstranten gewaltsam auseinanderzutreiben.

In diesen Tagen haben die radikalen Kräfte am Maidan Barrikaden aufgebaut. Diese Kämpfer haben auch die friedlichen Demonstranten benutzt, um aus deren Schutz heraus mit Molotow-Cocktails und Steinen auf Polizisten zu werfen. Im Rathaus war ein Verhörerzentrum, wohin gefangengenommene Sicherheitskräfte gebracht wurden oder auch Leute, die sie als Spione betrachtet haben. Es war völlig offensichtlich, dass ein Szenario der Machtübernahme in Gang gesetzt worden war.

Ich hatte die Botschafter der EU-Länder und den amerikanischen Botschafter eingeladen. Ich konnte sie nicht ins Regierungsgebäude einladen, denn es war blockiert von den Maidankämpfern. Deswegen hat dieses Treffen im Aussenministerium stattgefunden.

Ich habe ihnen Bilder gezeigt, insbesondere von diesen Provokateuren. Ich habe Beispiele gezeigt und gesagt: «Meine Herren Botschafter, Ihr habt einen grossen Einfluss auf Eure Länder und auf die militanten Demonstranten. Ruft sie zur Ordnung auf! Wenn sie sich nicht friedlich verhalten, wird der Staat gezwungen sein, sie mit Polizeigewalt zur Ordnung zu rufen. Die gesamte Ukraine arbeitet ruhig und im Zentrum Kiews gibt es eine Gruppe radikaler Putschisten, die versuchen, die Macht zu übernehmen.» Als Antwort der Botschafter: Schweigen.

Ich habe mich damals auch an den deutschen Botschafter gewandt. «Herr Botschafter, können Sie sich vorstellen, wenn in Deutschland eine Gruppe von militanten Demonstranten das Kanzleramt blockieren und besetzen würde? Welche Massnahmen würde in Deutschland die Polizei unternehmen?» Darauf hat er gelächelt, und gesagt: «Das ist in Deutschland unmöglich, weil Deutschland ein demokratisches Land ist.» Ich habe das als Verhöhnung empfunden und als Zynismus. Und das habe ich ihm auch so gesagt. «Ihr denkt, in der Ukraine darf man sowas machen, aber zu Hause nicht. Man kann in der Ukraine das Regierungsgebäude besetzen. Man kann in der Ukraine Polizisten umbringen, Molotow-Cocktails werfen und zusehen, wie Leute wie Fackeln abbrennen. Und ihr glaubt, dass das alles demokratisch richtig ist.» Ich habe damals verstanden, dass Hilfe vonseiten der europäischen Botschafter und des amerikanischen Botschafters sicher nicht zu erwarten ist.

Ausserdem hat unser Geheimdienst mir jeden Tag berichtet, dass die Führer des Maidan ständig zu Konsultationen in der amerikanischen Botschaft waren. Das ist im Prinzip auch offen zugegeben worden und hat auch Obama bestätigt. Nach Kiew kamen auch Frau Nuland [Assistant Secretary of State im US-Aussenministerium] und der Chef des State Departements. Ich habe mich mit Victoria Nuland getroffen und ihr die Situation geschildert. Sie hat sie besser gekannt als ich. Und sie hat versucht, mich zu überzeugen, dass die Ukraine eine Regierung der nationalen Einheit braucht.

Ich habe ihr geantwortet, dass es in der Ukraine eine Regierung gibt, die nach der Verfassung und den Gesetzen demokratisch gewählt ist. Eine Woche vor diesem Treffen hatten ich und mein Kabinett noch das Vertrauen des Parlaments ausgesprochen bekommen, nachdem ich ein Misstrauensvotum gestellt hatte. Was geht es Frau Nuland überhaupt an, welche Regierung es in der Ukraine gibt? Wir erzählen ihnen auch nicht, was es für eine Regierung in den USA geben soll. Welche Veranlassung haben sie, uns zu erklären, welche Regierung wir brauchen?

Den gesamten Dezember über sind verschiedenste Vertreter westlicher Länder nach Kiew gereist. Da waren Kaczyński, McCain, Westerwelle und viele andere. Alle diese Vertreter haben auf dem Maidan gesagt, dass sie die Demonstranten unterstützen. Nuland hat gesagt, dass der Erfolg der Demokratie, so wie sie diesen Staatsstreich genannt hat, die USA fünf Milliarden Dollar gekostet hat. Aber was hat es die Ukraine gekostet? Hunderte Milliarden, 50'000 Tote und viele bittere Schicksale.

**«Vonseiten der westlichen Diplomaten gab es das permanente Mantra, unter keinen Umständen Gewalt anzuwenden gegen die Demonstranten»**

**Ich wollte noch kurz beim Maidan bleiben. Präsident Janukowitsch hätte also selbst entscheiden können, den Maidan mit Gewalt zu räumen? Oder hätte das der Entscheidung eines Polizeiführers bedurft?**

Nach der Verfassung der Ukraine unterstehen alle Polizei- und Militärstrukturen dem Präsidenten. Die Regierung befasst sich mit sozialen und ökonomischen Fragen. Aber kein Vertreter der Regierung, des Parlaments oder der Präsident selbst hat den Auftrag zur gewaltsamen Räumung des Maidan gegeben. Die Polizisten hatten keine Schusswaffen, sie hatten Schlagstöcke, Schilder und manche hatten Reizgas.

**Jetzt haben Sie ja schon erklärt, was Sie den westlichen Vertretern während des Maidan gesagt haben. Was haben die denn Ihnen gegenüber für Druck gemacht?**

Vonseiten der westlichen Diplomaten gab es das permanente Mantra, unter keinen Umständen Gewalt anzuwenden gegen die Demonstranten. Ich weiss, dass Herr Biden [damals US-Vize-Präsident] Janukowitsch offen bedroht hat: Wenn er eine gewaltsame Auflösung der Demonstration durchführt, wird er eine *persona non grata* in Europa und in der Welt. Und gegen ihn würden Sanktionen beschlossen.

Das hat bei Janukowitsch zu einer Situation der Unentschlossenheit geführt. Und die Putschisten merkten, dass sie nicht bestraft wurden. Janukowitsch hat drei Monate lang mit ihnen Gespräche geführt. Jeden Tag haben sie mehrere Stunden gesessen, um Bedingungen für einen Kompromiss auszuhandeln. Und jedes Mal haben die Demonstranten die Versprechungen, die sie abgegeben haben, nicht eingehalten.

Ein Beispiel: Janukowitsch hatte mit den Demonstranten ausgehandelt, dass das Ministerium für Landwirtschaft geräumt werden soll. Das haben sie zugesagt, aber nicht gemacht. Er hat mit ihnen besprochen, dass sie die Blockade des Regierungsgebäudes aufheben sollen. Das haben sie versprochen, aber auch nicht eingehalten. Dasselbe gilt für das Rathaus. Und so weiter.

**«Es war keine Revolution, sondern ein Staatsstreich»**

**In der Ukraine heisst es heute, der Maidan war eine «Revolution der Würde». Was halten Sie davon? Was war der Maidan?**

Es ist völlig offensichtlich, dass es ein Staatsstreich gewesen ist. Es ist aber auch augenscheinlich, dass man einem Staatsstreich einen gewissen demokratischen Anschein geben muss. Und genau deshalb hat man den Maidan als Revolution dargestellt.

Aber wie kann das eine Revolution sein, wenn im ganzen Land eine normale Situation herrschte und nur im Zentrum Kiews sowas passierte?

Wenn Sie hundert Meter weggegangen sind von diesen Maidanbarrikaden, lief das Leben in Kiew zu dieser Zeit ganz normal. Das zeigt, dass in dem ganzen Maidanprozess ein minimaler Anteil der ukrainischen Bevölkerung involviert war. Im Wesentlichen einige tausend bewaffnete Kämpfer und Aktivisten.

Es wäre überhaupt kein Problem gewesen, mit denen fertig zu werden, wenn Janukowitsch die Vollmachten genutzt hätte, die ihm als Präsidenten nach der Verfassung zustehen. Der Versuch der bewaffneten Machtübernahme ist ein Verbrechen. Die Tötung von Polizisten ist auch ein Verbrechen, das bewaffnete Besetzen von Gebäuden ist genauso ein Delikt. Da entsteht eine einfache Frage: Warum hat der gesamte Sicherheitsapparat des Landes drei Monate lang nicht auf diese Verbrechen reagiert?

Heute gibt es schon eine grosse Anzahl an Beweisen. Es gibt heute sogar schon ein Geständnis von einem radikalen Aktivisten, dass er mit zwei Schüssen zwei Polizisten getötet hat («Maidan: Ich schoss ihnen ins Genick»). Es gibt auch Dokumentationen von westlichen Sendern. Es ist heute schon dokumentiert, woher die Sniper gekommen sind, wer sie gewesen sind und wer die friedlichen Demonstranten erschossen hat. Und alle diese Verbrechen sind nur begangen worden, um ein Ziel durchzusetzen: die Machtübernahme. Deswegen ist es völlig offensichtlich, dass es keine Revolution war, sondern ein Staatsstreich.

### **Welche Informationen haben Sie denn über die Sniper?**

Zum Beispiel Herr Pashinsky, das ist einer der radikalen Putschisten, ist damals festgehalten worden beim Wegbringen von Scharfschützengewehren vom Maidan. Einer der Berater des derzeitigen Innenministers Awakow hat geholfen, einen der Scharfschützen zu befreien, der auf dem Maidan festgenommen wurde. Sie haben von diesen Festnahmen gewusst. Sie haben diese Sniper befreit. Die Sniper sind verschwunden mit unbekanntem Aufenthalt.

Die Vertreter von Staatsanwaltschaft und Polizei haben es innerhalb von drei Jahren nicht geschafft, nur einen einzigen Zeugen zu finden oder

sonst irgendwie zu beweisen, dass die Scharfschützen aus den Strukturen Janukowitschs oder Berkuts gewesen wären. Oder in irgendeiner Weise zu belegen, dass der damalige Innenminister Sachartschenko oder Janukowitsch den Auftrag für die Sniper gegeben hätten. Ich unterstreiche: Innerhalb von drei Jahren keinerlei Beweise.

Dafür gibt es bei uns eine grosse Anzahl von Beweisen, dass insbesondere Jazenjuk, Poroschenko, Pashinsky und Turtschinow in die Organisation dieser bewaffneten Auseinandersetzungen involviert gewesen sind. Die Maidan-Morde haben ihnen geholfen, die Bevölkerung aufzuwühlen und auf dieser Basis die Verfolgung von Janukowitsch anzugehen. Sie wollten Janukowitsch damals umbringen und sie wollten das öffentlich tun. Eine grosse Anzahl von bewaffneten Radikalen hat sich auf den Weg gemacht zur Residenz des Präsidenten. Janukowitsch ist gezwungen gewesen, mit seinem Hubschrauber nach Charkow zu fliegen. Während dieser Zeit ist schon die Machtübernahme in den Städten fortgeschritten.

**In Ihrem Buch beschreiben Sie, dass es auf Sie selbst bzw. auf Ihren Dienstwagen, in dem Ihre Frau sass, einen Anschlag gab. Können Sie diese Situation nochmal schildern?**

Nachdem Janukowitsch von Kiew nach Charkow geflogen ist, war mein Aufenthalt in Kiew lebensbedrohlich. Meine Personenschützer haben mich darüber informiert, dass für meine Sicherheit nicht garantiert werden kann. Ich habe die Entscheidung getroffen, in den Osten des Landes zu fahren, in dem es damals ruhig war und die gesamte Situation anders war. Ich wollte mit dem Flugzeug fliegen. Meine Frau kann aus Gesundheitsgründen nicht mit kleinen Flugzeugen fliegen. Deswegen habe ich sie mit dem Auto nach Donezk geschickt. Als sie von zu Hause weggefahren ist, ist gleich ein Jeep hinter ihnen hergefahren. Er ist dem Auto ungefähr 100 Kilometer gefolgt. Dann hat er sie überholt. Alle haben gedacht, er ist jetzt weggefahren.

Allerdings haben sie diesen Jeep einige Minuten später wieder gesehen, als er ihnen auf der gegenüberliegenden Fahrbahnseite entgegen kam.

Und auf den Trittbrettern des Jeeps stand ein Mann mit einer Maschinenpistole. Als dieser Jeep sich dem Auto meiner Frau näherte, hat der Mann einen Feuerstoss auf das Auto meiner Frau abgegeben. Zum Glück war die Strasse nicht eben und alle Kugeln sind im Motor eingeschlagen, nur eine Kugel hat das Glas zerfetzt. Der Motor hat gebrannt und der Jeep ist mit hoher Geschwindigkeit in Richtung Kiew weggefahren. In dem Auto, auf das geschossen wurde, waren vier Personen, die zum Glück nicht verletzt wurden. Sie haben sich dann umgesetzt in ein zweites Auto, das im Konvoi mit ihnen gefahren war und sind weiter nach Donezk gefahren. Natürlich hatten die Attentäter erwartet, dass ich im Auto sass und schossen deshalb.

### ***Plan für eine friedliche Regelung in der Ukraine***

**Zur Zukunft der Ukraine: Was ist nun aus Ihrer Sicht nötig, wer muss sich bewegen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden?**

Ein Staatsstreich, eine Wirtschaftskrise und ein militärischer Konflikt im Osten des Landes – das sind Folgen des Konfrontationskurses zwischen den USA und Russland. Es hätte keinerlei Staatsstreich gegeben, wenn das nicht aus den USA gutgeheissen und gefördert worden wäre.

Donald Trump hat vor kurzem sehr einfach und klar gesagt: «Der Konflikt in der Ukraine ist ein Konflikt zwischen den USA und Russland.» Deswegen gibt es auch nur einen Ausweg aus der Situation: Eine Vereinbarung zu finden zwischen den USA und Russland, in der ein Massnahmenkatalog zur Stabilisierung des Landes verabschiedet wird. Natürlich kann auch Deutschland einen grossen Beitrag dazu leisten, wenn es eine prinzipielle und objektive Position dort übernehmen würde. Ich habe das bisher leider nicht so sehen können.

Ich habe einen eigenen Plan für eine friedliche Regelung in der Ukraine. Er besteht aus zehn Punkten. Der Hauptpunkt ist, die Akzeptanz, dass in der Ukraine ein Staatsstreich stattgefunden hat, und dass die derzeitige ukrainische Regierung eine nicht-legitime Regierung ist. Wenn man diesen Fakt anerkennt, dann kann man die Situation in der Ukraine

schnell lösen. So lange aber die Leute in der Ukraine an der Macht sind, deren Arme bis zu den Ellenbogen im Blut waren, und die diesen Staatsstreich durchgeführt und den bewaffneten Konflikt in der Ostukraine ausgelöst haben, kann man den Konflikt nicht lösen. Das bedeutet, die amerikanische Position muss anerkennen, dass es sich um einen Staatsstreich gehandelt hat.

Eines der Hauptprobleme überhaupt in der Ukraine ist die gigantische Anzahl unkontrollierter Waffen, die aus diesem Konflikt jetzt hervorgegangen sind und die nicht-formalen Bataillone und Regimenter, die kaum als rechtsstaatlich zu bezeichnen sind. Wie kann man die Situation in einem Land stabilisieren, wenn im Prinzip die gesamte Opposition entweder im Gefängnis oder im Exil sitzt oder unter extremem Druck steht? Mit wem kann man denn einen Kompromiss finden?

Einen Kompromiss kann man nur zwischen verschiedenen politischen Kräften finden, in welchen den unterschiedlichen Meinungen, Sichtweisen und Mentalitäten in der Ukraine auch Rechnung getragen wird. Aber so lange, wie es eben keinen Dialog mit den Leuten gibt, die sich im Osten des Landes gegen dieses Regime erhoben haben, so lange wird es auch keinen Kompromiss dort geben.

**Ist in Ihren Augen Deutschland, ist Angela Merkel, viel zu passiv?**

Nicht nur passiv. Was immer verdrängt und eigentlich nie erwähnt wird, ist, dass Deutschland eigentlich als Garantiemacht am 21. Februar eine Erklärung mit unterzeichnet hat, in der der Übergang festgelegt worden war, also wie es zum Jahresende zu vorgezogenen Präsidentschaftswahlen kommen sollte. Und diese Erklärung wurde damals vom deutschen Außenminister Steinmeier unterzeichnet. Drei Außenminister haben unterschrieben: Polen, Deutschland und Frankreich. Und an diesem gleichen Tag hat man Janukowitsch weggejagt. Da fragt man sich natürlich über den Wert eines solchen Papiers und einer solchen Unterschrift. Diejenigen, die den Staatsstreich

realisiert haben, haben sich offen und zynisch gegen Deutschland gestellt.

**Welche Perspektive sehen Sie für sich persönlich, nochmal als Politiker in der Ukraine einzugreifen?**

Ich bin bereit, meine Erfahrungen und Kenntnisse einzubringen, um einen friedlichen Weg zur Regulierung des Konfliktes in der Ukraine zu finden. Ich bin überzeugt, dass sich früher oder später die Ukraine mit der Wiederbelebung der Wirtschaft beschäftigen muss, sowie mit der Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Russland und zu Europa. Ich glaube, dass hier meine Erfahrungen und mein Wissen für das ukrainische Volk sehr wertvoll sein können.

Ich war nie ein Radikaler. Ich habe immer nach Kompromisslösungen gesucht. Ich war immer darauf ausgerichtet, das Land zu vereinen und nicht zu teilen. Ich bin bereit, an der Wiederherstellung der Wirtschaft mitzuwirken.

**Ihnen und Ihrem Sohn wird von westlicher Seite vorgeworfen, selbst Teil dieses oligarchischen Systems in der Ukraine gewesen zu sein.**

**Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?**

Was kann man einem erfolgreichen Premierminister vorwerfen, unter dessen Führung sich das Land entwickelt hat? Eine Zeit, in der das Einkommen gestiegen ist, in der im Land Strassen, Stadien, Flughäfen gebaut wurden. Schauen wir in die Realität: Seit drei Jahren versucht eine grosse Gruppe von Ermittlern und Staatsanwälten krampfhaft, gegen mich irgendwelche Anschuldigungen zusammenzubauen. Alle Vorwürfe, die bis jetzt gegen mich erhoben wurden, sind falsch.

Zeigen Sie mir bitte einen Menschen in der Ukraine, der mir wirklich Korruption vorwerfen kann. Jemand, der sagt, er ist damals zu mir, dem Premierminister, gegangen und hat ihm Geld gegeben und hat so irgendeine Frage geklärt. Zeigen Sie mir, wo diese Gelder sein sollen? Was soll ich damit gemacht haben?

Ich habe kein Vermögen, kein Geld ausserhalb der Ukraine. Die EU hat Sanktionen gegen mich beschlossen und Konten beschlagnahmt auf Basis eines Anschuldigungsbriefes der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine ohne jegliche Beweise. Ich stelle die einfache Frage: Welche Konten in welchen Banken haben sie denn beschlagnahmt? Es gibt keine.

Das Kiewer Regime lügt ohne jegliche Scham. Kürzlich hat der Vorsitzende der Oschad-Bank bekanntgegeben, dass auf den Konten von Asarow und Janukowitsch Milliarden liegen würden, er aber auf Basis des Bankengesetzes keine Details nennen könne. Aber welche Einzelheiten kann er denn eröffnen? Ich habe in 20 Jahren ein einziges Konto gehabt – in dieser Bank. Dorthin sind mein Gehalt, meine Pension und alle meine Verdienste etwa durch meine Tätigkeiten in der Akademie der Wissenschaften geflossen. Und die Summe beträgt ungefähr eine Million Griwna. Nicht eine Milliarde, sondern eine Million. Griwna. Was beim derzeitigen Wechselkurs ungefähr einer Summe von 40'000 Dollar entspricht. Jeder dieser Dollars kann mit konkreten Dokumenten seiner Herkunft belegt werden. In den vergangenen drei Jahren konnte keine konkrete Anklage zu falschen Tätigkeiten gestellt werden.

Ich habe in meiner gesamten Politikerlaufzeit einen Grundsatz gehabt, und dem bin ich immer treu geblieben: Nie Business-Interessen mit nationalen Interessen zu vermischen. Deswegen habe ich meinem Sohn nicht ein einziges Mal an irgendeiner Stelle einen Staatsauftrag zukommen lassen. Er lebt seit 25 Jahren selbstständig und komplett unabhängig von mir.

**Sie haben ja die Sanktionen schon angesprochen. Anfang des Jahres gab es ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg, der entschied, dass die Sanktionen gegen Sie nicht rechtmässig sind. Trotzdem werden diese aufrechterhalten. Was sagt Ihnen das über die «Realpolitik» der EU?**

Ich bin sehr enttäuscht. Insbesondere über das politische System, aber auch über das Rechtssystem. Der Europäische Rat trifft Entscheidungen

über Sanktionen gegen mich. Seit drei Jahren bitte ich den Europäischen Rat: «Fordern Sie bitte Beweise und Dokumente über mich aus der Ukraine an und geben diese einem kompetenten Juristen. So dass sich jemand objektiv mit diesen Materialien auseinandersetzt. Und danach treffen Sie bitte Ihre Schlussfolgerungen.»

Ich möchte mich nicht rechtfertigen, ich bitte nicht um irgendeine besondere Behandlung, ich will nicht bevorzugt werden. Das Einzige, was ich fordere, ist eine objektive Analyse und Auseinandersetzung mit den Vorwürfen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass jeder unvoreingenommene Jurist, der die absurden Vorwürfe liest, die gegen mich in der Ukraine erhoben werden, zum Schluss kommen wird, dass die Sanktionen nicht begründet sind.

---

*Dieses Interview erschien am 21. November 2016 auf Teleopolis.*

Hier noch ein sehr wertvoller Beitrag der Solidarwerkstätte aus Linz deren Unterstützer & Anhänger ich bin:

## Tagebuch EU-Militarisierung 2023

Die Militarisierung der Europäischen Union erlebt derzeit einen neuen "[Quantensprung](#)". EU-Ratspräsident Michel nannte die Aufrüstung und Kriegsfähigmachung der EU sogar als "[das Ziel Nummer 1 unserer Generation](#)". Wir werden daher ab Jänner 2023 (wieder) ein Tagebuch führen, um regelmäßig die kleinen und großen Schritte der EU-Militarisierung zu dokumentieren, gegen die wir uns mit aller Kraft wehren müssen. [Die Waffen nieder!](#)

### **August 2023**

#### **30.8.2023**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärt beim Treffen der EU-Außen- und -Verteidigungsminister in Toledo, dass die "Friedensfazilität" von derzeit 7,9 Milliarden Euro um weitere 20 Milliarden Euro innerhalb der nächsten vier Jahre aufgestockt werden soll. Die "Friedensfazilität" ist eine EU-Kriegskasse zur Finanzierung von EU-Militäreinsätzen und Waffenlieferungen, derzeit vor allem an die Ukraine.

#### **27.8.2023**

Unter Berufung auf Diplomatenkreise berichtet die "Welt am Sonntag", dass die EU im Herbst Militär und Polizei nach Ghana, Togo, Benin und in die Elfenbeinküste schicken will, um den "dschihadistischen Terror" zu bekämpfen. Mit derselben Begründung schickten EU-Staaten seit 2013 Militärs nach Mali, Niger, Burkina Faso und andere Sahel-Staaten. Mit dem Ergebnis, dass der Einfluss dschihadistischer Milizen immer weiter zunahm und die Stimmung in den Bevölkerung immer ablehender gegenüber der westlichen Intervention wurde.

#### **8.8.2023**

Nach 14-Tagen geht das militärische Großmanöver Talisman Sabre in Australien und im pazifischen Raum zu Ende. Unter der Führung der USA trainierten 34.000 Soldaten den Krieg ("high end warfighting") gegen China einschließlich des Sturmangriffs auf Ziele an Land und der Eroberung von Flughäfen. An dem Manöver

## Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz-Joseph-Str. 4

nahmen Soldaten aus 13 Nationen teil, darunter aus Deutschland und Frankreich. In Teilen der australischen Eliten stößt diese Militarisierung auf Widerspruch. So warnte kürzlich Sam Roggeveen, ein Spezialist des Lowy Institute in Sidney, mit Blick auf die Mitwirkung Australiens an den US-Kriegsvorbereitungen, „diese verhängnisvollen Entscheidungen“ drohten „Australien in einen Krieg zu ziehen, der nicht zentral für unsere Sicherheitsinteressen ist und der in einer nuklearen Katastrophe enden könnte“. (in: thetimes.co.uk 31.07.2023)

### 4.8.2023

Generalmajor Harald Vodosek, Leiter der Waffenbeschaffung, gibt im Ö1-Morgenjournal den Aufrüstungspfad des Bundesheeres bekannt: Im vergangenen Jahr wurden 300 Millionen Euro für neue Waffen und Geräte ausgegeben, heuer werden es 600 Millionen sein, nächstes Jahr 900 und ab 2028 dann zwei Milliarden jährlich. Eine Steigerung um fast das 7-Fache innerhalb weniger Jahre.

### 2.8.2023

Die deutsche Bundeswehr startet auf Island das Militärmanöver "Rapid Viking 2023". Mit 6 Eurofighter und 30 Piloten sollen "First Responder"-Fähigkeiten trainiert werden. Also der rasche Ersteinsatz, um für eine größere Streitmacht den Boden zu ebenen. In Richtlinien Dokumenten der deutschen Bundeswehr und der Europäischen Union wird Militäreinsätzen im Hohen Norden eine zunehmende Bedeutung beigemessen.

### 2.8.2023

Nach dem Militärputsch im zentralafrikanischen [Niger](#) droht der westafrikanische Zusammenschluss ECOWAS mit einer Militärintervention, falls sich die Putschisten nicht zurückziehen. Der EU-Außenbeauftragten Josep Borrell signalisiert die Unterstützung durch die EU. Die EU werde - so Borrell - die Maßnahmen von ECOWAS "rasch und entschlossen fördern" (sh. [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com)). Niger zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Die französische Atomindustrie bezieht aus den Bergwerken Nigers rund 20% seines Urans. Frankreich hat über 1.000 Soldaten in Niger stationiert.

### Juli 2023

#### 29.7.2023

Ein Sprecher des österreichischen Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft erklärt, dass die Durchführung von Kriegsgerät, das aus einem EU-Staat kommt, keiner Bewilligung bedarf. Hintergrund für diese neutralitätswidrige Vorgehensweise ist das in der Regierungszeit von ÖVP und FPÖ novellierte Kriegsmaterialgesetz, das den Neutralitätsvorbehalt eliminierte, sowie entsprechende Beschlüsse auf EU-Ebene, die von den EU-Staaten fordern, dass Waffentransporte aus EU-Staaten in die Ukraine bewilligungsfrei zu sein haben.

#### 20.7.2023

Die französische Rüstungsindustrie boomt. Der Rüstungskonzern Thales berichtet in seinem Halbjahresbericht 2023 von einem "starken Momentum". Gegenüber dem ersten Halbjahr 2022 konnte der Auftragsbestand um 7%, die Verkäufe um 7,7% und der Gewinn um 11,4% gesteigert werden. Dassault, ein weiterer großer französischer Rüstungskonzern weist in seiner Halbjahresbilanz ein Umsatzwachstum von 8% aus. Der Hintergrund: Frankreichs Militärbudget soll langfristig gewaltig anwachsen. Von 2024 bis 2030 sollen insgesamt 400 Milliarden Euro in den Verteidigungshaushalt fließen. In einem ähnlichen Plan für den Zeitraum 2019 bis 2025 sind Ausgaben von etwa 295 Milliarden Euro vorgesehen. Eine Steigerung um gut 35%.

#### 16.7.2023

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihr niederländischer Amtskollege Mark Rutte unterzeichnen in Tunis mit der tunesischen Regierung einen Flüchtlingsabwehrdeal. Brüssel sichert Tunis unter anderem 105 Millionen Euro zur Flüchtlingsabwehr sowie Kredite von 900 Millionen Euro zur Verfügung, wenn Tunesien als Gegenleistung Flüchtlinge aus Europa fernhält. Die EU akzeptiert damit die tunesische Praxis, Flüchtlinge in die Wüste zu schicken und dort schutzlos verdursten und verhungern zu lassen.

#### 11.7.2023:

Die EU-Verteidigungsagentur berichtet, dass die "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit" (EU-SSZ/Pescso) - eine Art militärisches Kerneuropa zur Ankurbelung der EU-Rüstungsindustrie - seit der Gründung im Jahr 2018 "erhebliche Fortschritte" erzielen konnte, insbesondere im Jahr 2022. Von den mittlerweile 60 SSZ-Rüstungsprojekten befinden sich drei in der Vollendung, 12 gingen erfolgreich in die nächste Lebenszyklusphase über, 43 konnten signifikante Zwischenziele erreichen.

### **7.7.2023**

Das EU-Rüstungsamt (EU-Verteidigungsagentur) unterstützt zwei weitere Projekte im Rahmen der "Ständig Strukturierten Zusammenarbeit" (EU-SSZ/Pesco). Es handelt sich um eine neue Generation von Unbemannten Flugsystemen zur Unterstützung von Boden, Luft- und Seestreitkräften. Ein weiteres Projekt dient der Stärkung der Oberwasserkriegsführung der EU-Streitkräfte.

### **5.7.2023**

Die Datenbank des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI zeigt, dass die EU-Staaten in den letzten fünf Jahren kontinuierlich angewachsen sind und im Jahr 2022 mit 10,3 Milliarden Euro um 71% höher lagen als 2018.

### **1.7.2023**

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel schreibt im Rotary-Magazin, dass die Regierungen seit dem Beitritt Österreichs zum EU-Lissabon-Vertrag im Jahr 2009 die Bevölkerung am Schmach halten, wenn sie die Vereinbarkeit von Neutralität und Mitgliedschaft in diesem EU-Vertrag behaupten. Wörtlich schreibt Schüssel: *"Mit dem einstimmig verabschiedeten Lissabon-Vertrag (in Kraft seit 2009) wurde eine wechselseitige Beistandsverpflichtung bei einem bewaffneten Angriff vereinbart. In der österreichischen Bundesverfassung wurde dem durch die Novelle des Artikels 23j Rechnung getragen. Einfach gesagt wird damit die Neutralität für den gesamten Bereich der GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Anm. d. Red.) ohne jede Einschränkung außer Kraft gesetzt."* (in Rotary-Magazin, 1.7.2023)

### **1.7.2023**

Bundeskanzler Nehammer und Verteidigungsministerin Tanner kündigen die Teilnahme Österreichs am Europäischen Luftabwehrsystem "Sky Shield" an. Österreich setzt damit einen weiteren neutralitätswidrigen Schritt zur Einbindung in westliche Militärpakte. Luftabwehrsysteme bergen zudem die Gefahr, atomare Erstschläge zu erleichtern und damit das Wettrüsten weiter zu befeuern. Siehe [ausführlicher hier](#).

### **Juni 2023**

#### **30.6.2023**

In den "Schlussfolgerung des Europäischen Rates" wird die EU-Kommission aufgefordert, einen *"Vorschlag für eine Programm für Europäische Verteidigungsinvestitionen"* (EDIP) vorzulegen. EDIP soll die Einrichtung von EU-Rüstungskonsortien ermöglichen, die von der Mehrwertsteuer befreit sind.

#### **26.6.2023**

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius kündigt an, dass die deutsche Bundeswehr dauerhaft 4.000 Soldaten in Litauen stationieren wird, um *"die NATO-Ostflanke zu sichern."* (Tagesschau, 26.6.2023) Das ist ein Bruch der sog. "NATO-Russland-Grundakte", in der sich die NATO verpflichtete, *"keine zusätzlichen substantielle Truppe"* auf dem Gebiet der neuen NATO-Mitgliedsstaaten in Osteuropa zu stationieren. Mit der geplanten festen Stationierung einer kompletten Brigade in Litauen unterstreicht Deutschland seinen Anspruch, militärische Schlüsselrolle in der geostrategisch bedeutenden Ostseeregion zu sein.

#### **22.6.2023**

Im 17. Bericht über das Rüstungswesen berichtet das deutsche Verteidigungsministerium über die fulminante Steigerung der Rüstungsinvestitionen für die Bundeswehr. Diese sind schon vor dem russischen Angriff auf die Ukraine von 4,782 Mrd. Euro (2018) sprunghaft auf 8,046 Mrd. Euro (2020) und dann 8,860 Mrd. Euro (2022) angestiegen sind. Im Jahr 2023 werden sich diese auf 16,211 Mrd. Euro (2023) gegenüber dem Vorjahr nochmals nahezu verdoppeln.

#### **14.6.2023**

Die deutsche Regierung legt eine "nationale Sicherheitsstrategie" vor. Hauptinhalt: Aufrüstung der deutschen Bundeswehr zu *"einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa"* und zur *"logistischen Drehscheibe der NATO in Europa"*, Entwicklung einer eigenständigen, unabhängig agierenden EU-Militärmacht, Stärkung des *"europäischen Pfeilers in der NATO"*. Die ganze Gesellschaft soll eine *"Wehrhaftigkeit"* verordnet werden, zu der *"jeder und jede beitragen"* müsse.

#### **12.6.2023**

Start des NATO-Manövers "Air Defender 23", das bis 23.6.2023 dauert. Mit diesem NATO-Manöver wird unter deutscher Führung der Luftkrieg über Osteuropa trainiert. Nähere Informationen [siehe hier](#).

#### **9.6.2023**

Die EU-Innenminister einigen sich auf eine Verschärfung des Asylrechts. Hauptinhalt: Abwehr von

## Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz-Joseph-Str. 4

Flüchtlingen bereits an den EU-Außengrenzen. Die EU-Kommission und die rechtsextreme Regierung Meloni in Italien sind hochzufrieden. Menschenrechtsorganisationen sind dagegen schockiert. Amnesty International spricht von *"einem Freibrief für Menschenrechtsverletzungen"* und einem *"menschenechtlichem Tabubruch auf Kosten der Menschen, die weltweit am meisten Schutz benötigen"* (tagesschau.de, 9.6.2023). Die EU setzt damit die Politik fort, Flüchtlinge statt Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Politik der EU hat durch neoliberale Handelsregime (z.B. gegenüber afrikanischen Ländern), Krieg, Waffenexporte und mörderische Wirtschaftssanktionen (z.B. gegenüber Syrien und Afghanistan) diese Fluchtursachen angeheizt.

### **6.6.2023**

Die EU beschließt die Regulierung der Künstlichen Intelligenz (KI). Das ist grundsätzlich zu begrüßen, aber bezeichnend: Ausgerechnet der militärische Bereich wird von dieser Regulierung ausgenommen. Gerade die Nutzung der KI im militärischen Bereich ist brandgefährlich und steht ganz hoch oben auf der EU-Aufrüstungsagenda.

### **Mai 2023**

#### **29.5.2023:**

Von 29.5. bis 9.6.2023 findet ein NATO-Militärmanöver im hohen Norden statt. Ziel ist die Trainierung des Luftkriegs im Bereich der Arktis. Da der Nordpol aufgrund des Klimawandels zunehmend eisfrei wird, droht sich auch hier die geopolitische Konfrontation zwischen westlichen Großmächten einerseits, China und Russland andererseits zu verschärfen. Der Aufbau von Streitkräften zu militärischen Interventionen im Hohen Norden gehört auch zum Programm des sog. "Strategischen Kompass", einem Richtlinien-Dokument für die weitere EU-Militarisierung.

#### **25.5.2023:**

Der EU-Rat beschließt still und heimlich die Verlängerung der mörderischen Wirtschaftssanktionen gegen Syrien. Diese haben - so UNO-Vertreter - maßgeblich zum Hunger großer Teile der Bevölkerung und zum Mangel an lebensrettenden Medikamenten beigetragen. Die Solidarwerkstatt Österreich hat in einem Offenen Brief die österreichische Regierung dazu aufgerufen, diese Sanktionen, die die Zivilbevölkerung schwer treffen und das Flüchtlingsleid anheizen, auf EU-Ebene zu blockieren und selbst sofort aus diesem Sanktionsregime auszusteigen.

#### **24.5.2023:**

Die deutsche Nachrichtenagentur "geman-foreign-policy.com" berichtet, dass die Führungen der deutschen SPD und der britischen Labour Party eine Initiative zum Ausbau der deutsch-britischen Militär- und Rüstungskooperation gestartet haben. Diese soll u.a. die gemeinsame Entsendung von Flugzeugträgerkampfgruppen in den Pazifik umfassen. Die Streitkräfte sowie die Waffenschmieden beider Länder sollen künftig deutlich enger zusammenarbeiten; auch sollen die Außen- und die Verteidigungsminister aus Berlin und aus London sich intensiv abstimmen.

#### **22.5.2023:**

Die "Presse" berichtet, dass sich das Bundesheer 2025 an der neuen EU-Eingreiftruppe beteiligen werde, die dann für ein Jahr "auf Abruf" bereitsteht, um in einem Umkreis von 6.000 Kilometer um Brüssel in EU-Militäreinsätze zu ziehen. Führungsnation in Deutschland, Österreich solle mit einem sogenannten Combat Service Support Battalion die Führung im Bereich der Logistik übernehmen.

#### **18.5.2023:**

Der österreichische Bundespräsident Van der Bellen fordert, Bundesheersoldaten zum Minenräumen in die Ukraine zu entsenden. Unter einem humanitären Mäntelchen fordert damit Van der Bellen nicht geringeres als den Kriegseintritt des neutralen Österreichs. Selbst Conrad Seidl meint im Standard dazu: *„Es wäre eine militärische Hilfe für eine Kriegspartei – denn die russischen Minen liegen ja nicht zufällig dort, wo sie liegen, sondern um die Bewegungsfreiheit der ukrainischen Truppen einzuschränken. Räumt man sie weg, ist das eben nicht nur eine humanitäre Hilfe, sondern auch eine taktische für eine der Kriegsparteien“* (Der Standard, 17.5.2023).

#### **17.5.2023:**

Die Nachrichtenagentur german-foreign-policy.com berichtet, dass der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall ein Joint Venture mit dem ukrainischen Rüstungskonglomerat UkrOboronProm gründet, um zu einem der zentralen Ausrüster des ukrainischen Heeres aufzusteigen.

**16.5.2023:**

Außenminister Schallenberg tritt beim "Time to decide Europe-Summit" in Wien auf und profiliert sich als Scharmacher: Die EU müsse die *"Sprache der Macht lernen"*, es gäbe *"kein Zurück zum Status quo ante"*. Diesbezügliche müsse man *"Putin fast dankbar sein"*. Über die völkerrechtswidrigen Angriffskriege westliche Großmächte - Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen etc. - oder auch den Beitrag von NATO und EU zur Eskalierung des Ukraine-Kriegs verlor der österreichische Außenminister kein Wort. Dass es die Aufgabe eines Neutralen wäre, die *"Sprache des Friedens"* in die internationalen Beziehungen einzubringen, kam Schallenberg nicht einmal ansatzweise in den Sinn.

**15.5.2023:**

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) trifft sich mit Guido Crosetto, dem italienischen Verteidigungsminister von der neofaschistischen Fratelli di Italia, der auf Besuch nach Berlin kommt: *„Von der Ostflanke bis zum Sahel, von der Rüstungskooperation bis zur konkreten Ukraine-Unterstützung: Italien ist unser strategischer Partner.“*, twittert Pistorius erfreut über den Besuch seines italienischen Amtskollegen, in dessen Partei die Erinnerung an die deutsch-italienische Achsen-„Partnerschaft“, die vor acht Jahrzehnten von Afrika bis weit in den Osten reichte, noch immer hoch im Kurs steht.

**9.5.2023:**

Die Europäische Volkspartei (EVP) spricht sich dafür aus, die Ukraine so rasch wie möglich nach Kriegsende in die NATO aufzunehmen. Denn eine neutrale Ukraine würde *„nicht für mehr Sicherheit in Europa sorgen“*, so die Europäischen Konservativen. Im März, April 2022 waren sich [russische und ukrainische Verhandler](#) in der Türkei in der Frage der Neutralität der Ukraine und – im Gegenzug – dem Rückzug russischer Truppen schon nahegekommen. Schon damals lag die Vermutung nahe, dass die westlichen Großmächte vor allem deshalb die Ukraine mit schweren Waffen vollpumpten, um einen Verhandlungsfrieden, der einen neutralen Status der Ukraine beinhaltet hätte, zu verhindern. Die jetzigen Aussagen der EVP bestätigen das einmal mehr.

**5.5.2023:**

Der französische Rüstungskonzern Thales meldet im 1. Quartalsbericht 2023 eine Steigerung bei den Aufträgen im Bereich „Defence & Security“ von 31 Prozent im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahres.

**4.5.2023:**

Deutschland und acht weitere EU-Staaten setzen sich dafür ein, Mehrheitsentscheidungen in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik auszubauen, um rascher zu Entscheidungen z.B. für Militäreinsätze zu kommen. Neben Deutschland zählt zu dieser Gruppe Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Slowenien und Spanien.

**3.5.2023:**

Die EU-Kommission legt einen Verordnungsvorschlag zum Ausbau der europäischen EU-Rüstungskapazitäten vor, der noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll. Das dreistufige Paket sei in seiner Tragweite *„beispiellos“*, jubelte aus diesem Anlass Industriekommissar Thierry Breton, denn: *„Wenn es um die Verteidigung geht, muss unsere Industrie jetzt in den Kriegswirtschaftsmodus wechseln.“* (zit. nach euractiv, 3.5.2023)

**April 2023**

**24.4.2023:**

Das schwedische Friedensinstitut SIPRI veröffentlicht seinen neuen Bericht über die weltweiten Militärausgaben: Diese sind im Jahr 2022 auf ein neues Rekordhoch von 2,24 Billionen US-Dollar angestiegen. Ein Plus von inflationsbereinigt 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Spitzenreiter bei der Steigerung der Militärbudget sind die Staaten Europa, insbesondere der EU. Hier sind die Militärausgaben inflationsbereinigt um 13 Prozent in die Höhe geklettert. Quelle: [www.sipri.org](http://www.sipri.org)

**20.4.2023:**

Deutschland vollendet die Unterstellung aller niederländischen Gefechtseinheiten unter das Kommando der deutschen Bundeswehr. Über die Anbindung und Unterordnung von Armeeeinheiten von Nachbarstaaten strebt Deutschland den Aufbau einer EU-Armee durch die Hintertür an und erhöht sein militärisches Gewicht in EU und NATO. (Weitere Informationen [siehe hier](#)).

**19.4.2023:**

Der Standard berichtet über den neuen "Landesverteidigungsbericht 2022", mit dem das Verteidigungsministerium die weitere Aufrüstung des Bundesheeres festschreibt, um für EU-Kriegseinsätze "in Nord- und Zentralafrika und im Nahen Osten" einsatzbereit zu sein. Von 2022 bis 2028 soll das gesamte Militärbudget um satte 93% wachsen, die Waffenankäufe (sprich Rüstungsinvestitionen) gar um fulminante 384%, also fast eine Vervierfachung - in realen Werten, das heißt die inflationsbedingte Wertanpassungen kommen noch dazu.

**15./16.4.2023**

Panzerhaubitzen aus Italien für die Ukraine durchquerten am Wochenende Österreich. Wien wurde informiert. Eine Genehmigung haben die Italiener nicht eingeholt. Es sei gar nicht notwendig gewesen, heißt es in Wien und macht damit einmal mehr klar, dass Neutralitätsbruch für sie ein Kavaliersdelikt ist.

**März 2023**

**25.3.2023:**

Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer sieht als Konsequenz des Ukraine-Krieg, dass *"sich Europa in eine geopolitische Macht verwandelt."* Fischer: *"In Zukunft wird der gemeinsame Markt wichtig bleiben, aber wichtiger für Europa wird die gemeinsame Sicherheit."* Joschka Fischer war als deutscher Außenminister maßgeblich verantwortlich für die Beteiligung Deutschlands am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO auf die BR Jugoslawien - und für die Transformation der Grünen von einer Friedens- in einer Kriegspartei (Quelle: Die Presse, 25.3.2023)

**23.3.2023:**

Laut "Presse" fordert der "Landesverteidigungsbericht 2022", dass Österreich festlegen müsse, mit welchen militärischen Kapazitäten das Bundesheer die EU-Beistandsverpflichtung umsetzen soll, die der EU-Lissabon-Vertrag vorsieht. Das straft einmal mehr Aussagen der österreichischen Politik Lügen, die bei der Beschlussfassung dieses EU-Vertrags behaupteten, die in diesem Vertrag festgelegte militärische Beistandsverpflichtung sei mit der Neutralität vereinbar. Weitere Infos [siehe hier](#)

**20.3.2023:**

Die EU-Außen- und Verteidigungsminister beschließen, über die sog. "EU-Friedensfazilität" zwei Milliarden für die Produktion bzw. Lieferung von Artilleriemunition bereitzustellen. Eine Million Granaten sollen an die ukrainischen Streitkräfte geliefert werden. Auch Österreich beteiligt sich an den EU-Munitionseinkäufen, bestreitet aber, an der Lieferung von Waffen an die Ukraine beteiligt zu sein.

**13.3.2023:**

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlicht neue Zahlen, die den raschen Militarierungsprozess in der EU belegen: So sind im Zeitraum 2018 bis 2022 im Vergleich zum Zeitraum 2013 bis 2017 die EU-Rüstungsimporte in die EU um 47 Prozent angestiegen, in den EU-NATO-Staaten sogar um 65%, während die Waffentransfers weltweit in diesem Zeitraum um 5% gesunken sind. (Quelle: <https://sipri.org/media/press-release/2023/surge-arms-imports-europe-while-us-dominance-global-arms-trade-increases>)

**13.3.2023:**

Der EU-Rat beschließt die Aufstockung der EU-Kriegskasse („EU-Friedensfazilität“) von ursprünglich 5 auf 7,979 Milliarden Euro bis 2027 aufzustocken. Aus dieser Kriegskasse werden derzeit vor allem Waffen für die Ukraine finanziert.

**11.3.2023:**

Die EU-Kommission veröffentlicht eine Mitteilung zur „EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung. Darin enthalten ist u.a. die Einleitung von Vorbereitungsarbeiten, um „der EU einen autonomen Zugang zum Weltraum“ zu sichern, insbesondere im Hinblick auf die Erfordernisse im Bereich der Sicherheit und Verteidigung.“ In Kürze wollen die EU-Kommission und der Hohe Vertreter für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell den EU-Mitgliedern weitere Schritte zur Umsetzung dieser Strategie zur Militarisierung des Weltraums vorschlagen.

**10.3.2023:**

Die EU-Kommission schlägt ein Update für die EU-Maritime Sicherheitsstrategie vor. Durch umfassende Aufrüstungsmaßnahmen zur See soll „die Beherrschung der Ozeane“ sichergestellt werden. Die „Area“ für den

Einsatz von EU-Kriegsschiffen reicht von der Arktis über die West- und Ostküste Afrikas bis hin ins süd- und ostchinesische Meer. Nähere [Informationen hier](#).

**8.3.2023:**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell fordert beim EU-Verteidigungsministerrat in Stockholm, die EU müsse sich eine *"Kriegsmentalität"* zulegen. Jetzt sei keine Zeit für Friedensgespräche. Es gehe vielmehr darum, drei Ziele gleichzeitig zu verfolgen: Mehr Munition, mehr Waffenproduktion und ein Ausbau der europäischen Rüstungsindustrie. Letztlich geht es um den Einstieg in die Kriegswirtschaft.

Der deutsche Verteidigungsminister Pistorius bezeichnete es beim EU-Verteidigungsministerrat als "überlegenswert", die Rüstungsindustrie beim Hochfahren der Produktion von Munition staatlich zu subventionieren. Pistorius: *„In der Tat, die Rüstungsindustrie verdient gerade richtig Geld, das ist makaber, aber in Kriegszeiten ist es halt so, dann steigt die Nachfrage, und dann steigen auch die Umsätze.“*

**8.3.2023:**

Im Ministerrat beschließt die Bundesregierung die Teilnahme Österreichs an der neuen EU-Militärmission in Niger. Als Grund wird u.a. der „Kampf gegen den Terrorismus“ genannt. Angeführt wird die EU-Mission wird von Frankreich. Französische Konzerne bauen in Niger Uran für die französische Atomindustrie ab. Auf der Strecke bleiben dabei Menschen und Natur. 2022 gab es große zivilgesellschaftliche Proteste in Niger gegen die französische Militärpräsenz im Land. Der österreichische Außenminister Schallenberg begründete die Teilnahme Österreichs damit, das die *„EU in der Region Flagge zeigen muss.“* (APA, 8.3.2023). Wie es mit der Neutralität vereinbar ist, dass österreichische SoldatInnen an einer EU-Militärmission in Afrika teilnehmen, um französische Atominteressen zu verteidigen, erläuterte Schallenberg nicht.

**7.3.2023:**

Nach Ansicht von EU-Industriekommissar Thierry Breton müssen die die Rüstungskonzerne der EU schnell in den *"Modus der Kriegswirtschaft"* wechseln. Um dieses Ziel sicherzustellen, müsse es direkte Unterstützung, feste vertragliche Vereinbarungen und eine regelmäßige Kontrolle der Fortschritte geben. Bretons Angaben zufolge wird es darum gehen, dafür auch das EU-Budget und Mittel der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu nutzen. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Rüstungsindustrie leichter über die Finanzmärkte an Geld für Investition kommt.

**1.3.2023:**

Das dänische Parlament beschließt die Aufhebung eines kirchlichen Feiertags, den es bereits seit dem 17. Jahrhundert gibt. Der zusätzliche Werktag soll Regierungsrechnungen zufolge etwa zusätzliche drei Milliarden dänische Kronen (etwa 400 Millionen Euro) in die Staatskasse spülen. Diese Einnahmen werden zweckgebunden für die Erhöhung der Wehretats, um rascher das Ziel zu erreichen, zumindest 2 Prozent des BIPs für Militär auszugeben.

**Februar 2023**

**23.2.2023:**

Der britische Rüstungskonzern BAE-Systems veröffentlicht den Geschäftsbericht 2022: Der Auftragsbestand erreicht einen neuen Höchststand von 37,1 Milliarden Pfund - Zuwachs gegenüber 2021 von über 72 Prozent.

**22.2.2023:**

Die Aktie des führenden deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall steigt auf ein neues Rekordhoch von 254 Euro. Ein Zuwachs von über 160% innerhalb eines Jahres.

**18.2.2023:**

Die EU plant bis zu 170 weitere Militärsatelliten in den kommen vier Jahren in den Weltraum zu schicken, um "Europa als Weltraummacht, Wirtschaftsmacht und als Verteidigungsmacht" zu stärken. (orf.at, 18.2.2023)

**17.2.2023:**

Die deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius fordert bei der Münchner Sicherheitskonferenz, dass 2 Prozent des BIP für das Militär in Hinkunft zur Untergrenze in der NATO werden. Länder wie Polen wollen den Militärhaushalt bald auf 5% des Bruttoinlandprodukts in die Höhe schrauben.

**16.2.2023:**

Der deutsch-französische Konzern Airbus präsentiert den Geschäftsbericht 2022: Der Umsatz in der Rüstungssparte stieg gegenüber dem Vorjahr von 9.175 auf 11.451 Milliarden Euro (plus 25%), der

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz-Joseph-Str. 4

Auftragsbestand an Rüstungsgütern von 43.110 auf 47.242 Milliarden Euro (plus 10%). Die Aktionäre dürfen sich über ein Plus von 20% gegenüber dem Vorjahr freuen.

**14.2.2023**

Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius appelliert an die Rüstungsindustrie "alle Kapazitäten maximal hochzufahren." (zit. nach Kurier, 14.2.2023) "Die 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr werden nicht reichen", stellt er bereits davor weitere Großaufträge für die Waffenschmieden in Aussicht (Süddeutsche Zeitung, 28.1.2023).

**10.2.2023:**

Die österreichische Parlaments-Korrespondenz informiert über die geplante Aufstockung der EU-Kriegskasse, die 2021 unter dem euphemistischen Namen "EU-Friedensfazilität" ins Leben gerufen wurde. Die für den Zeitraum 2021 bis 2027 geplanten 5,7 Milliarden Euro sind bereits zu 86% ausgeschöpft. Bis 2027 werde die "Friedensfazilität" daher voraussichtlich verdoppelt: Plus 2 Milliarden bis 2024, mit der Option auf weitere 3,5 Milliarden bis 2027. Aus dieser Kriegskasse werden derzeit vor allem Waffen für die Ukraine finanziert, Österreich zahlt mit einem Anteil von 2,78% mit.

**13.2.2023:**

Der Völkerrechtler Ralph Janik äußert gegenüber dem Ö1-Morgenjournal, dass *"die Neutralität zurücktrete, wenn es einen entsprechenden Beschluss des EU-Rates gibt."* Damit bestätigt er, was die Solidarwerkstatt Österreich nicht müde wird zu betonen: Die österreichische Neutralität ist mit der Teilnahme an der EU-Außen- und Sicherheitspolitik schlicht unvereinbar. Die österreichischen Regierungen streuen diesbezüglich der Bevölkerung systematisch Sand in die Augen.

**Jänner 2023**

**29.1.2023:**

Die EU-Rüstungsagentur kündigt an, zwei weitere Militärprojekte im Rahmen der „Ständig Strukturierten Zusammenarbeit“ (EU-SSZ/Pesco) zu unterstützen: den Ausbau der Transportkapazitäten für EU-Militäreinsätze mittlerer und langer Reichweite (Future Medium-Size Tactical Cargo, Strategic Air Transport For Outsized Cargo). Geführt werden die Projekte von Deutschland bzw. Frankreich. Weitere Projektteilnehmer sind Spanien, Schweden, Tschechien und die Niederlande (Quelle: Aviacionline, 29.1.2023).

**26.1.2023:**

Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Manfred Weber, forderte eine Neuaufstellung der EU-Rüstungsproduktion. Notwendig sei *„eine Art Kriegswirtschaft in der EU, um Stabilität und Sicherheit gewährleisten zu können“.* (Quelle: Focus, 26.1.2023)

**24.1.2023:**

Der Hohe Vertreter und Vizepräsident der Europäischen Union Josep Borrell und EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton haben auf der 15. Europäischen Raumfahrtkonferenz die Prioritäten der europäischen Raumfahrtspolitik für das Jahr 2023 vorgestellt. Ein zentraler Schwerpunkt: die verstärkte Militarisierung des Weltraums, da *„der geopolitische Wettbewerb, den wir auf der Erde erleben, nun zunehmend in den Weltraum projiziert wird.“* Neue Erdbeobachtungs- und Weltraumlageerkundungsdienste sollen *„für Sicherheits- und Verteidigungsoperationen genutzt werden.“* (Quelle: Pressemitteilung 24.1.2023, <https://germany.representation.ec.europa.eu/>)

**22.1.2023:**

Der neue deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius unterstreicht den militärischen Führungsanspruch Deutschlands in der EU. Pistorius: *„Deutschland ist die größte Volkswirtschaft in Europa. Deswegen sollte es auch unser Ziel sein, die stärkste und am besten ausgestattete Armee in der EU zu haben.“* Sein „Job“ sei es, *„die Weichen dafür zu stellen, dass die Zeitenwende gelingt“* (Quelle: n-tv.de 22.01.2023)

**22.1.2023:**

Zum 60. Jahrestag des Élysée-Vertrages bekräftigen die deutschen und französischen Regierungsspitzen in einer [deutsch-französischen Erklärung](#) die gemeinsamen Rüstungsanstrengungen ihrer Länder, dazu zählen u.a.:

- das Luftkampfsystem Future Combat Air System (FCAS) mit Kosten von 500 Milliarden Euro
- das Kampfpanzersystems Main Ground Combat System (MGCS) mit Kosten von etwa 100 Milliarden Euro
- die weitere Militarisierung des Weltraums

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz-Joseph-Str. 4

Gefordert wird auch die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzip in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik, um EU-Militäreinsätze leichter durchsetzen und damit die EU als „geopolitischen Akteur zu stärken.“ (Quelle: Deutsch-französische Erklärung, 22.1.2023)

**20.1.2023:**

Präsident Emmanuel Macron kündigt an, Frankreichs Militärausgaben drastisch erhöhen. Von 2024 bis 2030 sollen insgesamt 400 Milliarden Euro in den Verteidigungshaushalt fließen. In einem ähnlichen Plan für den Zeitraum 2019 bis 2025 sind Ausgaben von etwa 295 Milliarden Euro vorgesehen. Eine Steigerung um gut 35%.

Erhöht werden sollen vor allem die Ausgaben für das Atomwaffenarsenal aber auch für neue Flugzeugträger und Drohnensysteme. Die gemeinsame europäische Militärpolitik müsse weiter gestärkt werden, sagte Macron. Dabei gehe es unter anderem um die EU-Fähigkeit, zusammen eine große Militäroperation zu leiten. Frankreich wolle dafür bis zu 20.000 Soldaten stellen. (Quelle: Tagesschau, 20.1.2023)

**13.1.2023:**

Die Wehrbeauftragte des deutschen Bundestags, Eva Högl, fordert die Verdreifachung des Sondervermögens für die Aufrüstung der deutschen Bundeswehr von 100 auf 300 Milliarden Euro (Quelle: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung).

---



**WELTFRIEDEN-INTENTIONSPROJEKT** von Klaus Schreiner, Innsbruck









# Kunstblut-Attacke auf heimische (US-Militäranlage! Anmerkung!) Abhörstation



Die Abhörstation Königswarte

„Weltfrieden“ stand am Landesgericht Innsbruck auf dem Pulli eines Tirolers (52), der das heimische Heeresnachrichtenamt bezichtigt, den umstrittenen Drohnenkrieg der USA gegen Terrororganisationen zu unterstützen. Aus diesem Grund warf er Luftballons mit Theaterblut auf eine Abhörstation ...

Die Aufmerksamkeit, die der seit neun Jahren politisch aktive Angeklagte durch Briefe und Videos erreichen wollte, blieb aus. Daher schnappte er sich im Oktober des Vorjahres kurzerhand zwei mit Farbe gefüllte Luftballons und warf sie auf eine Satellitenschüssel der Königswarte in Niederösterreich.

„Der hochsensible Lack ging beim Versuch, den knapp vier Meter großen Spiegel zu reinigen, ab“, erklärte eine Vertreterin des Heeresnachrichtenamts (HNA). **(LÜGE!)** „Außerdem musste die Satellitenschüssel rund eine Stunde abgeschaltet werden.“ Zigtausende Daten konnten nicht empfangen werden.

## Geldstrafe verhängt

„Ich bekenne mich nicht schuldig“, meinte der 52-Jährige. Schließlich habe er bewusst auf Kunstblut zurückgegriffen, da dieses wasserlöslich und leicht abwaschbar ist. „Und ich bin davon ausgegangen, dass die Satellitenschüsseln für den Außenbereich konzipiert

Klaus Schreiner, 6020 Innsbruck, Kaiser Franz-Joseph-Str. 4

sind und Regen, Schnee sowie Hagel - und damit auch Theaterblut - aushalten.“ (AUCH der CHEMISCHE Untersuchungsbericht der Kriminalpolizei hat eindeutig ergeben, dass die eingesetzte rote Substanz WASSERLÖSLICH IST!)



Für die Richterin war es aber eine schwere Sachbeschädigung. Sie verurteilte den Angeklagten zur einer Geldstrafe von 720 Euro - 400 Euro davon unbedingt. Zudem muss der Tiroler den Schaden von 9500 Euro an die Republik zahlen. Nicht rechtskräftig.

**Dieser unfaire Prozess  
war eine völlige FARCE!**